

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1925

426 (16.9.1925) Morgenausgabe

Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Verbreiteste Zeitung Badens.
Karlsruhe, Mittwoch, den 16. September 1925.

Eigentum und Verlag von
Herrn Dr. Walter Schneider,
Bredelstraße 10, Karlsruhe.
Verantwortlich: Dr. Walter Schneider.
Redaktion: Dr. Walter Schneider.
Telefon: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 8359.
Kontokorrent: Badische Presse, Karlsruhe.
Kontokorrent: Dr. Walter Schneider, Karlsruhe.

Um den deutsch-franz. Handelsvertrag.

Trendelenburg bei Chaumet.

F.H. Paris, 15. Sept. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) In der letzten Zusammenkunft vor den Sommerferien war zwischen Staatssekretär Trendelenburg und Handelsminister Chaumet vereinbart worden, daß am 15. September eine neue Besprechung stattfinden sollte, auf der versucht werden wird, die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich wieder in Gang zu bringen. Die Besprechung war für heute nachmittags 4 Uhr angesetzt, mußte aber wegen Verhinderung des Handelsministers auf 5 Uhr verschoben werden. Sie dauerte bis 7 Uhr abends. Auf deutscher Seite nahmen teil Staatssekretär Trendelenburg, Geheimrat Mathis, Legationssekretär Dr. Boeremann und der kommerzielle Referent der deutschen Botschaft in Paris, Doehle, auf französischer Seite Handelsminister Chaumet, Direktor des Handelsministeriums Serenus und zum ersten Mal ein Vertreter der französischen Handelsinteressen, nämlich der kommerzielle Direktor der Generaldirektion in Straßburg, Berninger, ferner zwei Vertreter des Quai d'Orsay, Sorbier und Arnal. Nach der Besprechung erklärte Handelsminister Chaumet den Zeitungsvertretern, daß der Verlauf der Besprechungen wie auch bei früherer Gelegenheit durchaus herzlich gewesen sei. Von beiden Seiten sei dem Wünsche Ausdruck gegeben worden, zu einem Abschluß zu gelangen.

Heute begann man mit der Prüfung der Frage, welches Verfahren eingeleitet werden solle, um die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Die Prüfung dieser Frage wird morgen um 3 Uhr nachmittags in einer neuen Besprechung fortgesetzt werden.

Die Reparationszahlungen Deutschlands.

* Berlin, 15. Sept. (Kunstsprach.) Der Generalagent für die Reparationszahlungen veröffentlicht eine Zusammenstellung über die bis zum 31. August 1925 vom Deutschen Reich geleisteten Reparationszahlungen. Danach betragen die

Eingänge
I 000 457 572,45 Goldmark; davon der Barbetrag aus dem Ertrage der deutschen Auslandsanleihen 300 Millionen Goldmark, der Barbetrag, eingegangen von der Reichsbahn-gesellschaft usw. 200 Millionen Goldmark. Die
Zahlungen
betragen 893 444 301,56 Goldmark, davon an und für Rechnung von Großbritannien 189 863 496,74 Goldmark, an und für Rechnung von Frankreich 396 579 043,33 Goldmark, für Aufwendungen der Reparationskommission 5 550 000 Goldmark, der Rheinlandkommission 9 429 887,64 Goldmark, der Militärkontrollkommission 7 750 789,81 Goldmark, für den Dienst der deutschen Auslandsanleihen 77 529 578,60 Goldmark. Der Barbetrag betrug am 31. August 1925 107 013 270,39 Goldmark.

Steigerung der deutschen Naturallieferungen.

Vorschläge Caillaux' im französischen Ministerrat.

F.H. Paris, 15. Sept. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die Frage der deutschen Naturallieferungen trat im heutigen französischen Ministerrat, der unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumergue stattfand, in ein entscheidendes Stadium. Frankreich will in diesem Reparationsjahr, das vom 1. September 1925 bis 31. August 1926 reicht, den auf dieses entfallenden Betrag der deutschen Zahlungen wie im vorigen Jahr in vollem Umfang ausnützen. Die Hauptleistungen Deutschlands sollen in Form von Naturallieferungen erfolgen. Im vorigen Jahr erreichten diese 47 Prozent des von Deutschland gezahlten Betrages, im heutigen Jahr wird eine Steigerung auf über 50 Prozent der deutschen Reparationszahlungen erfolgen. Der Finanzminister Caillaux erstattete über die Angelegenheit im Ministerrat eingehend Bericht und legte dem Präsidenten der Republik eine Verordnung zur Unterzeichnung vor, wodurch das Regime dieser Naturallieferungen eingerichtet wird. Bekanntlich müssen sich die französischen Berechtigten an ein in Paris eingerichtetes Büro wenden, das die Aufträge zentralisiert und dann an die entsprechenden deutschen Firmen weiterleitet wird. Der größte Abnehmer der Naturallieferungen wird allerdings der französische Staat selbst sein.

Nach diesem Bericht über die Naturallieferungen schilderte Caillaux die Anschauungen, die er bei den

Verhandlungen in Washington

wegen Rückzahlung der Schulden vertreten wird. Bekanntlich schiffte sich der Finanzminister morgen Nachmittag, von einer zehnjährigen Kommission begleitet, nach New York ein. Der Ministerpräsident Painlevé beschrieb sodann seine Reise durch Elsass-Lothringen und betonte, daß verschiedene wirtschaftliche Projekte, insbesondere die Steuerreform, im Interesse von Elsass-Lothringen rasch durchgeführt werden müsse. Hiernach schilderte der Ministerpräsident die Situation in Marokko und die Operationen, die gegenwärtig im Gange sind. Der Außenminister Briand erstattete Bericht über die Arbeiten des Völkerbundes und über die Verhandlungen des Sicherheitsrates. Er und der Ministerpräsident machten Mitteilungen über die Lage in Syrien, wo der General Gamelin heute die Leitung der militärischen Operationen übernehmen wird. Der Außenminister teilte mit, daß die französische Ernte in diesem Jahre auf 89 1/2 Millionen Zentner sich belaufe.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

* Berlin, 15. Sept. (Kunstsprach.) Heute hat unter Vorsitz des Staatssekretärs Lewald, der aus Genf zurückgekehrt ist, eine interne Besprechung der deutschen Handelsvertragsdelegierten stattgefunden, in der die Richtlinien erörtert wurden, nach denen die deutschen Unterhändler die Verhandlungen mit den polnischen Delegierten in Berlin führen wollen.

Zwischenfall an der Mossul-Grenze.

Türkische Uebergriffe?

F.H. Paris, 15. Sept. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) An der Grenze von Mossul sollen sich dem Genfer „Temps“ Korrespondenten zufolge schwere Ereignisse abspielen, und zwar in unmittelbarer Nähe der provisorischen Grenzlinie, die zwischen der Türkei und dem Irak gezogen worden war. Dieser, die von Christen bewohnt sind und die sich nördlich dieser Grenze in einem Gebiet befinden, welches Großbritannien für sich beansprucht, wurden von den türkischen Truppen eingekreist und ihre Bewohner in das Innere der Türkei abgeführt. Eine Anzahl dieser Flüchtlinge sei aber in das Gebiet von Irak zurückgekehrt. Die englische Abordnung in Genf übermittelte diesen Bericht dem Völkerbundsrat und hat die Absicht, die Angelegenheit vor der Völkerbundsammlung vorzubringen.

* Genf, 15. Sept. (Kunstsprach.) In Ratskreisen des Völkerbundes besteht die Absicht, wegen der augenblicklichen Schwierigkeiten die Entscheidung der Mossulfrage auf die Dezember-tagung des Rates zu verschieben.
Von türkischer Seite wird hierzu bemerkt, daß es sich um die Stadt Hakkari und ihre Umgebung handelt, die bei Mossul liegt. Sie versichert, daß in dieser Stadt zur Zeit keine Christen leben.

Anneblische Einzelheiten.

* D. London, 15. Sept. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Aus Bagdad werden folgende Einzelheiten über die Zwischenfälle an der Grenze zwischen der Türkei und dem Irak gemeldet: Die Türken rücken in Mesopotamien nördlich der festgelegten Grenzlinie vor und verhaften 6000 Christen, die deportiert wurden. 200 Christen denen es gelungen war, sich in den Irak zu flüchten, befinden sich zur Zeit in Jozba und entbehren des Notwendigsten. In Morza erfolgten Christenmorde. — Nach anderen Meldungen steht eine regelmäßige türkische Armee von 40 000 Mann nördlich von der Grenzlinie. Verschiedene türkische Beamte sollen kein Geheimnis daraus machen, daß die Türken entschlossen wären, sich Mossul als neuem Ziel zu bemächtigen, wenn der Völkerbund der Türkei das Gebiet zusprechen würde.

Eisenbahnergewerkschaft und Dawes-Paßen.

Die D. O. A. fordert Befreiung der Reichsbahn von politischen Lasten.

* Berlin, 15. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der zur Zeit in Breslau tagende Kongress der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner beschäftigte sich auch mit den politischen Lasten der Reichsbahn, die im nächsten Jahr über eine Milliarde Goldmark ausmachen werden. Bei der Behandlung dieses Themas wurde von fast allen Rednern auf die Notlage der deutschen Wirtschaft und die ungesunden Tarife der Reichsbahn aufmerksam gemacht. Heute erhebe die Eisenbahn im Güterverkehr Tarife, die 140—180 Prozent über den Friedensstand liegen. Im Personenverkehr machen die Tarife gegenwärtig 165 Prozent aus. Tarife in dieser Höhe seien eine unerträgliche Belastung der Wirtschaft. Dabei sei aber die Reichsbahn durch das Dawesabkommen finanziell so festgelegt, daß ein allgemeiner Tarifabbau nicht durchzuführen sei. Infolgedessen müßten die politischen Lasten von der Reichsbahn abgenommen werden, um so eine Entlastung der deutschen Wirtschaft herbeizuführen.

Wir können uns diesen Ausführungen nur anschließen, um so mehr, als das Reich zur Zeit über Steuerüberschüsse verfügt. Es erscheint angebracht, diese der Reichsbahn für die Abtragung der Reparationslasten zur Verfügung zu stellen, auf der anderen Seite aber von ihr einen sofortigen umfassenden Tarifabbau zu verlangen, damit die deutsche Produktion entlastet und der Güterverkehr wieder gehoben wird.

Goldfunde im Fichtelgebirge.

* Berlin, 15. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Wie die „Völkische Zeitung“ mitteilt, sind bei dem Ort Brandholz im Fichtelgebirge goldhaltige Gesteinsmassen gefunden worden. Eine Untersuchung hat einen Goldgehalt von 6, 10, 12 und sogar 30 Gramm ergeben, im Durchschnitt 20 1/2 Gramm auf die Tonne Gestein.

Die Einladung.

M. Berlin, 15. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Einladung zu der zweiten internationalen Konferenz, die nun schon seit Wochen in der Luft liegt, ist am Dienstag durch den französischen Botschafter in Berlin überreicht worden, wobei die beachtenswerte Nuance angefügt sein mag, daß die englische Regierung es für angezeigt gehalten hat, durch ihren Geschäftsträger unmittelbar nach dem französischen Botschafter ihre eigene Meinung dem deutschen Außenminister noch zur Kenntnis zu bringen. Man darf vielleicht annehmen, daß durch diese Unterhaltung bestehende Unklarheiten, die über Form und Umfang der Konferenz bestehen, aus der Welt geschafft werden sollten, denn tatsächlich sind wir durch die Einladung noch keinen Schritt weiter gekommen, weil alle die Vorfragen, die unbedingt geklärt werden müssen, ehe die Unterhaltung beginnen kann, noch ihrer Erlebigung harren. Man kann sich unter Ministerbegegnungen die verschiedensten Kombinationen vorstellen. Man kann an höchst offizielle Veranlassungen denken, wie sie etwa der Völkerbund darstellt, man kann aber auch an eine Aussprache im vertraulichen Kreise denken, die vielleicht geeignet wäre, mancherlei Schwierigkeiten des schriftlichen Verkehrs im Handumdrehen zu beseitigen. Jedenfalls ist, nachdem diese Konferenz nun einmal eine europäische Angelegenheit geworden ist, an eine vertrauliche Aussprache unter Ausschluß der Öffentlichkeit nicht zu denken. Jeder Staat wird mit dem ganzen Aufgebot von Ministern, Mitarbeitern und Pressevertretern erscheinen, die einer solchen internationalen Angelegenheit würdig sind. Dabei ist aber immer noch die Frage zu klären, welche Vollmachten den einzelnen Vertretern mit auf den Weg gegeben werden sollen. Rechnet man die Zusammenkunft der Juristen als die erste Etappe, dann könnte sich daran jetzt eine unerbittliche Konvention der Außenminister als zweite Etappe knüpfen, die dann nachher durch eine große Ministerpräsidentenkonferenz geträgt würde. Es ließe sich aber auch das Mittelstadium sparen und die kommende Konferenz so aufziehen, daß ihr Mandat bis zur Unterzeichnung der erst abzuschließenden Verträge reicht. Welche Absichten auf der Gegenseite bestehen, wissen wir nicht. Eine Zeitlang herrschte die Absicht vor, gleich bis zum Lezten zu gehen. Dieser Plan ist aber fallen gelassen worden, und es wird weiteren Verhandlungen überlassen bleiben, den Rahmen abzustecken, in dem sich die Verhandlungen bewegen sollen. Wie sich die Meinung, etwas abschließendes zu sagen, dann und wann bei der Auffassung, daß man nicht die Außenminister allein reisen lassen darf, daß vielmehr in Begleitung anderer maßgebender Mitglieder ihrer Kabinets erscheinen müssen. Mag sein, daß die Engländer und Franzosen das entbehren können, bei der Parteikonstellation, wie sie gegenwärtig in Deutschland besteht, würden wir auf die Einsetzung derartiger Impoderabilien nicht verzichten. Es ist deshalb schon richtig, daß in diesem Fall der Reichszugler und der Vertrauensmann der Deutschnationalen den Außenminister begleiten, damit dann an Ort und Stelle die Mitglieder des Kabinetts vertreten sind, die Vollmachten haben, auch weittragende Entscheidungen zu treffen. Wie das aber eingerichtet werden soll, wird, wie gesagt, davon abhängen, welche Vollmachten England und Frankreich der Konferenz zu verleihen gedenken.

Daß von deutscher Seite die Einladung angenommen wird, daran kann kein Zweifel bestehen, zumal da das was Herr Dr. Gaus von London mitgebracht hat, geeignet erscheint, mancherlei Bedenken aufzuräumen, die bisher noch bestanden. Allerdings wird es gut sein, wenn von unserer Seite von vornherein betont wird, daß wir ein Minimalprogramm haben, auf das wir unter keinen Umständen verzichten können. Ein Minimalprogramm, was nicht allein den Sicherheitsvertrag selbst anlangt, sondern auch die Fragen, die von der Gegenseite damit verknüpft werden sollen. Das wäre einmal unsere Stellung zum Völkerbund und zum anderen die Räumung der ersten Zone, endlich aber auch der Kreis der Teilnehmer. Ob es nützlich ist, das in einer Note zu sagen, darüber kann man zweifelhaft sein. Jedenfalls wäre es gut, wenn darüber keine Unklarheit gelassen würde, daß wir nicht auf eine Konferenz gehen, um lediglich die Verpflichtungen von Versailles noch einmal zu unterstreichen oder zu erweitern, sondern daß wir im Wesentlichen die Hände zum Frieden hielten, um im Osten die Möglichkeiten auszunutzen, die sich uns ohne Appell an die Waffen ergeben.

Teilnahme Mussolinis.

F.H. Paris, 15. Sept. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) In Genf ist die Nachricht eingetroffen, die dem „Journal des Debats“ telegraphisch wird, daß Mussolini an der bevorstehenden Parteiverhandlung persönlich teilnehmen werde.

Tagung des Völkerbundsrats.

* Genf, 15. Sept. (Kunstsprach.) Der Völkerbundsrat trat heute nachmittags 3 Uhr unter dem Vorsitz von Paul Boncour zusammen. Es wurden die Berichte des Finanzkomitees und des Wirtschaftskomitees, die vom Berichterstatter Symons-Belgien vorgelegt wurden, gebilligt. Ueber die Arbeiten der Mandatskommission fertigte der schwedische Außenminister Uden. Auch dieser Bericht wurde vom Rat mit geringfügigen Änderungen angenommen.

* Genf, 15. Sept. (Kunstsprach.) Der bulgarische Ministerpräsident Jankoff ist am Dienstag vormittag in Genf eingetroffen.

Der Antrag Loucheur.

* Genf, 15. Sept. (Kunstsprach.) In der heutigen Vormittags-sitzung brachte der Vertreter Frankreichs, der Großindustrielle Loucheur, folgenden Antrag ein: „Die Völkerbundsammlung möge, um das Werk des Friedens zu fördern, auf breiter Grundlage ein Komitee zur Vorbereitung einer Weltwirtschaftskonferenz einsehen. Der Zweck wäre, die wirtschaftliche Lage der Welt und insbesondere Europas zu studieren und Vorschläge zu machen für die Ueberwindung der wirtschaftlichen Krise, unter der alle Völker mehr oder weniger leiden und in der Frankreich einen der wichtigsten Gründe für die Entfesselung von Kriegen sieht.“ Loucheur begründete hierauf eingehend seinen Antrag.

Bahnunfall bei Naumburg.

Berlin, 15. Sept. (Kunstsprach.) Wie der „Völkische Anzeiger“ aus Naumburg meldet, fuhr heute morgen 47 Uhr der von Weichenfeld kommende Schnellzug auf der Henne bei Naumburg in eine an der Saalebrücke arbeitende Kolonne von Streckenarbeitern hinein. Hierbei wurden zwei Arbeiter von der Lokomotive erfasst und getötet. Der Unfall ist dadurch entstanden, daß starker Bodennebel die Strecke unübersichtlich machte und das Geräusch des herannahenden Zuges gedämpft hielt. Die Staatsanwaltschaft hat sofort eine Untersuchung eingeleitet.

Sozialdemokratischer Parteitag in Heidelberg.

(Eigener Bericht.)

H. Heidelberg, 15. September.

Wir haben im letzten Bericht gesagt, der heutige Tag sei der Tag der kleinen Leute, d. h. jener Männer, die in den Ortsorganisationen eine führende Rolle spielen, draußen im Reich aber weniger bekannt sind. Der ganze Verlauf der Aussprache über den Parteibericht gab uns recht. Große politische Gedanken suchte man im weiteren Verlauf der Debatte vergeblich. Wenn daher um die Mittagsstunde die allgemeine Aufmerksamkeit nachließ, so ist das menschlich begründlich, ebenso wenn die einzelnen Tische merkwürdige Lücken aufwiesen und wenn sich im Saale Gruppen bildeten, die statt dem jeweiligen Redner zuzuhören, Privatunterhaltung pflegten. Die Redezeit war auf 10 Minuten bemessen und gewissenhaft waltete der 2. Vorsitzende E. Maier seines Amtes. Die Ausführungen mehrerer Redner und Rednerinnen brachten nichts Bemerkenswertes. Man hörte nur noch mit halbem Ohre zu. Da kam Müller-Leipzig und brachte Leben in die Bude. Leipzig liegt bekanntlich in Sachsen und das Wort „Sachsen“ stigmatisiert dem Heidelberger sozialdemokratischen Parteitag in etwas. Müller machte aus seinem Herzen keine Würdegrube und verfuhr nach dem Sprichwort: „Haßt du meinen Juden, schlag' ich den Deinen!“ Als er auf die Spaltung der Partei in Sachsen zu sprechen kam, hagelte es nur so von Zwischenrufen und Widerspruch. Müller aber ließ sich nicht irren machen, sondern setzte auf einen Schmelzen andertshalbe. Er zog in seiner Art auch die Fälle Löb und Barmat in die Debatte und stiftete dem ersten etwas unsanft am Zeug. Dafür mußte er lebhaftige Zwischenrufe wie: „Sachsen! Austreten!“ einheimen. Der Vorsitzende Maier hatte alle Hände voll zu tun, um dem Redner Gehör zu verschaffen. Dann begründete Müller seinen Antrag über die Annahme von Aufsichtsratsposten. Ein etwas heftiges Thema. Will nämlich ein Sozialdemokrat einen Aufsichtsratsposten übernehmen, so muß er — nach dem Antrag Müller — die Genehmigung des Parteivorstandes einholen und zwar, weil er, wie Müller besonders unterrichtlich, in die privatwirtschaftlichen Gebiete hineingeführt werde. Ein Vertreter aus Bremen stellte längere Betrachtungen über den Rückgang der Mitgliederzahl an und resümierte, daß sehr groß die Zahl des Rückgangs der Mitglieder im Alter von 25 und 30 Jahren sei. Das sei ein Verlagen der Werkkraft bei den jungen Männern. In der Frage der Aufstellung der Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl sei der Parteivorstand einfach diktatorisch vorgegangen. Die Sozialdemokraten von Bremen wünschten daher, daß die Parteidemokratie in Zukunft besser geachtet werde; der Parteivorstand möge in dieser Hinsicht an den französischen und belgischen Sozialisten ein Beispiel nehmen und der Parteitag möge den vorliegenden Antrag der Bremer annehmen.

Gegen Schluß der Vormittagsung verlas der Vorsitzende Maier noch ein Telegramm der Sozialisten Norwegens, die am Erscheinen auf dem Parteitag verhindert sind und die besten Grüße senden. Nach der Mittagspause sprach Hermann Müller-Berlin, Mitglied des Parteivorstandes. Auf Äußerungen der Frankfurter erwiderte er, er habe gegen den Deutschen Beamten-Bund nichts einzuwenden. Man solle nicht Schranken aufzichten, die in den verschiedenen Parteiorganisationen zu dauerndem Streit führen; die Sozialdemokratie habe vielmehr alle Urkräfte, eine gewisse Toleranz zu üben. Der Antrag Lipinski, dem § 29 Absatz 2 des Organisationsstatuts folgenden Satz anzufügen: „Mit im Ausschlußverfahren eingeleitet gegen Mitglieder, die sich in ihren Handlungen auf Einwirkungen des Parteivorstandes stützen, so erkennt die Kontrollkommission den Vorsitzenden des Schiedsgerichts“, sei in direkt ein Misstrauensvotum gegen den Parteivorstand. Daß der Gedanke der Volksgemeinschaft von der sozialdemokratischen Presse propagiert worden sei, sei nicht richtig. Ausführlich antwortete der Redner auf den Antrag Bremen, nach dem der Parteitag die Art der Vorbereitung zur Präsidentschaftswahl durch den Parteivorstand mitzuteilen soll, besonders die Nichtbeachtung der Parteigenossen durch Verarmung oder einen Parteitag für den zweiten Wahlgang. Alle Mitglieder des Parteivorstandes seien auf dem Standpunkt gehalten, daß, wie die Dinge nun einmal gelegen hätten, man nicht habe annehmen können, daß ein Sozialdemokrat Reichspräsident werden könne. Was hätte es da für einen Zweck gehabt, für den zweiten Wahlgang einen eigenen Kandidaten aufzustellen? Das tatsächliche Ergebnis aus der Reichspräsidentenwahl sei dann gewesen, daß ein Sozialdemokrat nicht durchgebracht worden wäre, sei ja nicht einmal der Zentrumsmann gewählt worden. Das könne aber die Sozialdemokratie nicht veranlassen, zu sagen, bei der nächsten Reichspräsidentenwahl sollen alle Parteien getrennt vorgehen, sondern es müsse sich darum handeln, die Kräfte der Republik zu konzentrieren. Zwangsläufig fände das deutsche Volk unter augenblicklichen Umständen. Es sei sehr wohl möglich, daß im Laufe der nächsten Zeit die Dinge dahin kommen, daß die Sozialdemokraten, ob sie nun wollen oder nicht, gezwungen werden, in der Regierung wie-

der in verantwortlicher Stellung teilzunehmen. Sei dem nicht, so würde die Republik auf schwachen Füßen stehen. Seine Rede dünkt einem großen Teile des Parteitag als nicht mehr ganz neu. Einige machten Zwischenrufe wie: „Alte Geschichten!“ und ähnliche. Das verfehle den Sachen in Form und er schiederte seinen Widerstehern den klassischen Satz ins Gesicht: „Wenn Sie zur Neugierden hören wollen, dürfen Sie auf einen sozialdemokratischen Parteitag niemals gehen!“ Mit schallender Heiterkeit dankte ihm die Versammlung für diese Bemerkung.

Es kam noch der und jene zu Wort. Dann nahm man mit großer Mehrheit einen Antrag auf Schluß der Debatte an und es begann die Abstimmung über die Anträge zum Parteibericht und zum Organisationsstatut. Stellung und Parteiels übermittelten die entsprechenden Vorschläge des Parteivorstandes, die in der überwiegenden großen Mehrheit die Zustimmung des Parteitag fanden. Im ganzen handelt es sich um über 100 Anträge. Ein erheblicher Teil davon wurde dem Parteivorstand als Material übergeben, so z. B. auf Einrichtung eines besonderen Sekretariats für Agrarpolitik, auf bessere Beachtung der jugendsozialistischen Bewegung, auf Beschaffung weiterer Agitationsmaterialien und Anstellung von Wanderlehrern und Einrichtung von Wanderkursen, auf Einleitung einer außerparlamentarischen Aktion auf Reform der Paragraphen 218 und 219 des Strafgesetzbuches, Abhaltung eines internationalen Frauentages in Deutschland. Abgelehnt wurden u. a. die Anträge auf Schaffung einer Frauenzeitung, auf Wiederherausgabe der „Neuen Zeit“ als wissenschaftliche Zeitung der Partei, auf Ausbau des Reichsbanners zu einer sozialistisch-republikanischen Schutztruppe, auf Erziehung eines Volksschiedes in den Fragen des Arbeitsvertrages, der Jollerhöhung, des Aufwertungsgehaltes, der Agrarpolitik, auf Mißbilligung der Art der Vorbereitung zur Präsidentschaftswahl durch den Parteivorstand (Bremen), auf Nachprüfung des Parteistatuts, das vom vorjährigen Parteitag beschlossen worden war, ferner die neuen Anträge auf Zugehörigkeit von Parteiangehörigen zu anderen Organisationen, die fünfzehn Anträge auf Herabsetzung der Beiträge, dann der Antrag auf Selbstauflösung jener Genossen, die einer monarchisch-patriotisch-nationalen Sportorganisation angehören. Mit überwältigender Mehrheit wurde der Frankfurter Antrag, daß in den Parteivorstand nur Genossen gewählt werden dürfen, die nach Prüfung mit den Arbeitermassen haben und deren Vertrauen besitzen, abgelehnt. Angenommen wurde der Antrag Breslau, sich gegen eine weitere Erhöhung des Mitgliedsbeitrags zu setzen, ferner der Antrag des Parteivorstandes: „Zur Deduktion der Werbekosten zentraler Einrichtungen haben alle Parteiuernehmungen geschäftlicher Art einen monatlich an die Parteikasse abzuführen. Der Beitrag zu leisten, dessen Höhe jährlich vom Parteivorstand festgesetzt wird.“ Der Zulageantrag Diebmann-Leipzig: „Dieser Betrag darf nur vom Reingewinn und zwar in Höhe bis zu 25 Prozent des im Vorjahr erzielten Geschäftsgewinns erhoben werden“, wurde in namentlicher Abstimmung mit 272 gegen 74 Stimmen abgelehnt. Ebenfalls fand der von fünf Ortsvereinen und zwei Bezirken gestellte Antrag: „Das Geschäftsjahr der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beginnt und endet mit dem Kalenderjahr“, Annahme. Köln, Altenburg i. Thür., Bezirk Berlin, Müller-Leipzig und Künzler-Berlin hatten Anträge wegen der Mitgliedschaft von Sozialdemokraten in Aufsichtsräten privatwirtschaftlicher Unternehmen eingereicht. Nach langen Verhandlungen nahm der Parteitag folgenden Antrag des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses und der Kontrollkommission an: „Parteigenossen, die in den Reichstag, in die Landtage, in die Provinzial-, Bezirks- und Gemeindevertretungen gewählt werden, dürfen Aufsichtsratsstellen in privatwirtschaftlichen Erwerbsunternehmungen nur bekleiden, wenn die Fraktionen, deren Mitglieder sie sind, dagegen keine Einwendungen erheben. Das gleiche gilt für die Annahme solcher Stellen während der Dauer einer Wahlperiode.“ Die obengenannten Anträge selbst wurden abgelehnt. Nahezu ein Dutzend Anträge über den Sachverhalt in der Sache des Sachien-Kommission überwiegen. Die Frankfurter Entschliessung, um die am Vormittag der Kampf so heftig tobte und die gewissermaßen eine Verklärung des Klassenkampfes anstrebte, landete in der Programmkommission. Im Zusammenhang damit steht ein Antrag Widau auf Verbot von Sonderkonferenzen und Sonderveranstaltungen, der angenommen wurde, dagegen wurde der oben erwähnte wiedererlebte Antrag Lipinski, der dem Parteivorstand indirekt ein Misstrauensvotum ausdrückt, abgelehnt.

Einmütig wurde dem Parteivorstande Entlastung erteilt. Dann wurden die Verhandlungen bis Mittwochnachmittag 9 Uhr ausgesetzt. Der Mittwochnachmittag soll Ruhetag sein mit einem Ausflug nach Jegerhausen und abends mit Schloßbeleuchtung.

Die deutsch-japan. Handelsvertragsverhandlungen.

* Newyork, 15. Sept. (Junkspruch.) Aus Tokio wird gemeldet, daß der Schluß der Verhandlungen über den neuen deutsch-japanischen Handelsvertrag von Berlin nach Tokio verlegt ist. Dort würden im Oktober die Verhandlungen zwischen dem japanischen Botschafter Honda und Dr. Solf fortgesetzt. Mitte November sei ihre Beendigung zu erwarten. Man rechne damit, daß der Vertrag anfangs des nächsten Jahres in Kraft treten wird.

Ein Moratorium für Frankreich?

F.H. Paris, 15. Sept. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)

Eine Reihe amerikanischer Meldungen bestätigte unsere Mitteilung, daß Amerika entschlossen sei, Frankreich ein Moratorium für die nächsten Jahre zu bewilligen. Auch darin stimmen alle Meldungen überein, daß mit einem Prozentfuß von 1 1/2 für die Amortisation der französischen Schulden die amerikanische Schuldenkommission nicht zufrieden wäre, sondern einen Amortisationsfuß von 2 1/2 verlangte, damit die französischen Schulden normal in 62 Jahren gedeckt wären. Wenn auch Frankreich kein vollständiges Moratorium gegeben würde, so sollen die Zahlungen für die ersten Jahre jedenfalls außerordentlich gering sein. Es steht fest, daß die französische Anordnung alle Vollmachten haben wird, ein endgültiges und rechtsgültiges Abkommen in Washington zu schließen, das von den französischen Kammern ratifiziert, aber keinesfalls von diesen geändert werden könne.

Keine Verwicklung mit den Reparationen.

(Eigener Nachrichtendienst der „Badischen Presse“.)

ins. Washington, 15. Sept. Die Vereinigten Staaten werden den Vorschlag Frankreichs zurückweisen, welcher dahin geht, daß die Regulierung der französischen Schulden an Amerika von dem Eingange der deutschen Reparationszahlungen abhängig gemacht wird.

Erklärungen an die Presse.

F.H. Paris, 15. Sept. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)

Nach Schluß des heutigen Ministerrates erklärte Briand den Pressevertretern, daß die französische Note wegen der Paktkonferenz heute Mittag von dem Botschafter de Margerie Dr. Stresemann übermittelt wurde. Der Ministerpräsident Painlevé erklärte, daß der Ministerrat einstimmig das von Cailaux vorgelegte Projekt für die Rückzahlung der französischen Schulden an Amerika bewilligt habe. Cailaux habe alle Vollmachten, um ein Abkommen abzuschließen. Von der Lage in Marokko könne man durchaus befriedigt sein. Die Truppen hätten an mehreren Punkten die Linie überschritten, die man im April befestigt habe. Das Massiv von Bibane sei tatsächlich genommen. Painlevé erklärte noch, daß die Soldaten, die im Oktober ihre Militärdienstpflicht beenden hätten, unbedingt entlassen werden würden. Besichtigungsreisen erklärte der Ministerpräsident, daß die notwendigen Verstärkungstruppen dort eingetroffen seien.

Frankzösische „Geschenke“ an Senator Borah.

F.H. Paris, 15. Sept. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)

Die früheren französischen Kriegsteilnehmer veranlaßten heute auf der amerikanischen Botschaft in Paris eine Kundgebung. Die Sicherheit nicht verfehlen wird in Amerika den peinlichsten Eindruck hervorzurufen. Im großen Saal sprachen sie auf der amerikanischen Botschaft vor, wo sie von einem Botschaftsrat empfangen wurden. Die Teilnehmer übergaben sie einen Soldatenhelm, ein hölzernes Bein, eine amerikanische Kriegsmaschine und die Geschichte des amerikanischen Befreiungskrieges und forderten den Botschaftsrat auf, die „Geschenke“ dem Senator Borah zu übermitteln, damit dieser einsehe, wie die französischen Kriegsteilnehmer über ihn dächten, da er es sei, der am hartnäcklichsten für die Rückzahlung der Kriegsschulden einträte. Man wüßte, daß Senator Borah einsehen müsse, daß das Gold welches er von Frankreich hereinbringen wolle, nicht so wertvoll sei wie das Blut, das die Franzosen vergossen hätten.

Die Baae in Marokko.

F.H. Paris, 15. Sept. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)

Aus Marokko wird berichtet, daß es heute französischen Truppen gelungen sei, Mezraoua weislich vom Fluße Sahara zu erobern. — Aus Madrid wird berichtet, daß General Primo de Rivera die Verteidiger von Ruda-Tahar begnadigt habe. Der Posten war seitdem fast eine Woche lang von den Rif-Berbern besetzt worden, doch gelang es den Verteidigern, sich zu befreien.

v. D London, 15. Sept. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)

Der ägyptische Schwimmer Helmi wachte gestern um 8.40 Uhr abends, als er nur noch 3/4 Meilen von Dover entfernt war, wegen Uebermüdung aufzugeben.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Interesentell.)

Mittwoch, den 16. September.

Landestheater: Der Freischütz, 7-10 1/2 Uhr.
 Folltheater: Salkon-Größenab-Ball, 8 Uhr.
 Kolloffium: Laule keiner Frau nach, 8 Uhr.
 Gasthaus: 9 Hauptverammlung im Schloße, 1/4 Uhr.
 Deutsche Demokratische Jugendbewegung: Lesentell, Vortrag im Handelshaus (Prinz-Max-Palais), 8 Uhr.
 Theater Hof: Lutz, 8 Uhr.
 Kaffeehaus: Großes Sonder-Konzert, 8 1/2 Uhr.

Das Kammermusikfest in Venedig.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

II.*

Venedig, 12. September.

Die Tage des großen internationalen Kammermusikfestes in Venedig liegen hinter uns. Es gilt das Ergebnis dieser größten Veranstaltung dieses Jahres auf dem Gebiete der Kammermusik festzustellen. Es ist anzunehmen, daß dieses Fest entscheidend sein wird für die Organisation von Musikfesten im allgemeinen wie für die Veranstaltungen der „Internationalen Musikgesellschaft für neue Musik“ im besonderen. Man darf, was Fragen der Organisation anbetrifft, die beiden von der Gesellschaft veranstalteten Musikfeste dieses Jahres unter einem Gesichtspunkt betrachten. Sowohl in Prag, wo im Mai die Orchesterkonzerte stattfanden, als auch hier in Venedig war der äußere Rahmen des Festes überaus glanzvoll und von den einladenden Landesgesellschaften alles getan, um die Veranstaltungen zu eindrucksvollen Ereignissen werden zu lassen. Auch der unermüdete Präsident der Gesellschaft, Edward J. Dent, darf für die von ihm geleistete Arbeit des Dankes aller Festbesucher gewiß sein. Wenn trotzdem in beiden Fällen das Gesamtresultat des Festes nicht befriedigte, so hat das seinen Grund in ganz anderen Dingen. Es hat sich bei diesen Festen Max erwiesen, daß es ein Unding ist, Musikfeste zu veranstalten, ohne sich vorher vergewissert zu haben, ob genügend Material für die Aufführungen des Festes vorhanden ist. Es ist eine falsche Methode, eine Reihe von Konzerten festzusetzen, und erst danach auf die Suche nach auszuführenden Werken zu gehen. Die Folge ist immer, daß nach Seite der Qualität Konzessionen gemacht werden. Entweder man führt Werke auf, über die kein Mensch mehr distuziert und die infolgedessen auf einem solchen Fest sehr am Orte sind, oder aber man muß Kompositionen wählen, von denen man im voraus weiß, daß sie den Ansprüchen, wie man sie bei einer solchen Gelegenheit stellen kann und muß, nicht genügen. Es ist darum eine befriedende Tat der Delegiertenversammlung gewesen, für das Musikfest des nächsten Jahres, das im Juni in Zürich stattfinden soll, ganz neue Regeln für die Jury anzufertigen. Im nächsten Jahr wird die Ausdehnung des Festes wie seine Veranstaltung überhaupt, ausschließlich abhängig sein von dem Wert des von den Komponisten vorgelegten Ausführungsmaterials. Danach wird man die Zahl der Konzerte und Aufführungen und ihre Verteilung auf Orchester- und Kammermusik regeln. Sehr zu begrüßen ist ferner der Beschluß, im nächsten Jahre die Prüfung auch auf Werke zeitgenössischer Komponisten auszudehnen und ein Kirchenkonzert in das Programm des Festes aufzunehmen.

Über die einzelnen Ergebnisse des Festes gewinnt man am besten Klarheit, wenn man sich zusammenfassend des in den einzelnen Sektionen der Kammermusik Dargebotenen erinnert. Es wäre da zunächst einer Reihe von Kompositionen für Kammerorchester zu gedenken. Zu den schwächsten impressionistischen Stücken Henry Eichheim's über asiatische Motive ist kaum

eine Bemerkung zu machen. Auch die langlich immerhin beachtliche Verwendung einer entfernt aufgestellten Menschenstimme in der „Koreanischen Skizze“ kann dieses inhaltlich bedeutungslose Mustzieren nicht retten. — Merkwürdiger und in gewissem Sinne anzunehmender erschien die Komposition eines zweiten Amerikaners, Louis Grünberg, betitelt „The Daniel Jazz“. Ich bin überzeugt, daß dieses Stück eine ganz andere Aufnahme gefunden hätte, wenn man auf das Programm nur ein paar erläuternde Worte gesetzt hätte. Es ist von einem gar nicht zu verkennenden kulturhistorischen Interesse. Den textlichen Stoff bildet die Erzählung von Daniel in der Löwengrube, aber in der Phantasie eines amerikanischen Regers gegeben. Es ist bekannt, daß die zum Christentum übergetretenen Regere an den biblischen Erzählungen eine ungeheure intensive Anteilnahme bekunden. Aber in ihrem Kopf verwickeln sich leicht die verschiedenen biblischen Darstellungen, und so entsteht ein wildes Durcheinander von Namen und Vorgängen. Von einem solchen Regere nur läßt der Textdichter George Lindig die Geschichte von Daniel in der Löwengrube erzählen, und Grünbergs Musik bezieht die Vorgänge in der primitiven Seele des Regers musikalisch ganz vortrefflich zu untermalen. Selbstverständlich ist das ganze eine wilde Groteske, aber für einen Hörer, der weiß, was hier vorgeht, außerordentlich unterhaltend und befriedigend. — Die weiteren Werke für Kammerorchester, die auf dem Fest geboten wurden, sind bekannt und hatten infolgedessen an dieser Stelle mehr repräsentativen Charakter: Paul Hindemiths Kammermusik Nr. 2 (Klavierkonzert) und Arnold Schönbergs Serenade (op. 24). Das Stück Schönbergs erschien mir bei dieser Aufführung flackernd und klarer als früher. Aber das Ganze hinterließ doch in meiner Spuchtafelzeit und langlichen Wesenlosigkeit, nicht zum wenigsten auch infolge des pessimistischen Petrarcasonetts, das im 4. Satz des Werkes vertont ist, einen deprimierenden Gesamteindruck.

Ziemlich groß war bei diesem Fest die Zahl der dargebotenen Streichquartette. Von radikalen Werken hatte man in dieser Gattung diesmal vollständig abgesehen. Es kamen nur Werke zur Aufführung, die eine gewisse klangliche Rundung und solide technische Arbeit bekundeten. Den Typus dieser Gattung stellen etwa zwei Streichquartette des Italieners Mario Labroca und des Ukrainers Karol Szymanowski dar. Die man schon fast als eine vornehme Salonmusik bezeichnen darf. Ungleich bedeutender ist Erich Wolfgang Korngolds A-bur-Quartett op. 16. Unnötig erscheint mir hier zwar der sich weit gebärende atonale Beginn des Werkes. Es stellt sich in seinem Verlauf doch sehr bald heraus, daß Korngold im Grunde ein ziemlich primitiver, vom Theater herkommender Melodiker ist. Aber das ganze Stück ist technisch im hohen Maße gelonnt und zeugt von einem beträchtlich hochentwickelten Klange. Kein Wunder also, daß sein Erfolg bei dem Publikum zu den stärksten des Festes zählte. Ueberausend in seinen klanglichen Kühnheiten wirkte ein Quartett des Neiters der böhmischen Komponisten, Leos Janacek, das im übrigen seinen hohen Wert durch die Kraft seiner national-böhmischen Thematik erhält und durch durch blutwarme Musik ist. Das Werk fügt sich gut zu Erwin Schulhoff's ideenreicher Arbeit, mit der das

Fest eröffnet wurde. Einen sehr freundlichen und verdienten Erfolg hatten auch 5 kleine Stücke für Streichquartett von Maurice Ravel. Wir haben die Auswahl dieser Stücke (es sind im Opus 26 im ganzen deren 10 enthalten) hier in Venedig weit günstiger getroffen als bei früheren Aufführungen. Die laubere kontrapunktische Arbeit dieser Stücke und der durchweg reizvolle Klang machen den Wunsch rege, daß sich Butting einmal an eine größere Arbeit dieser Gattung heranwagen möge.

Was sonst an Streichmusik kleinerer Formen dargeboten wurde, war recht ungleichwertig. Ganz fehl am Ort war eine Sonate für Klavier und Violoncello von dem Spanier Gajpar Casjado, ein nachempfundenes, süßliches, in Trivialitäten erstickendes Nachwerk. Auch Hans Eisners Duo für Violine und Violoncello konnte in seinem harmlosen Sequenzengetriebe niemanden für sich erwärmen. Größere Aufmerksamkeit erweckte schon eine Sonate für Violine allein von dem Ungarn Joltan Szekely. Hier ist zweifellos ein starkes Temperament am Werk, das aus der Technik des von dem Komponisten meisterlich beherrschten Instrumentes heraus schießt, und die spezifisch nationale Färbung dieser Musik gereicht ihr nur zum Vorteil. Leider hat das Werk einige recht empfindliche Längen, die deshalb ganz unverständlich sind, weil sie durch mächtig nicht zu beschreibenden Wiederholungen ökonomischer Figuren entstehen. Es handelt sich hier um reine Willkürlichkeit bzw. mangelnde Selbstdisziplin, deren Ueberwindung man dem jungen Meister um seiner offenbar vorhandenen Begabung willen von Herzen wünschen möchte. Zwei Werke französischer Schule, die Sonate für Violoncello und Klavier von Arthur Honegger und ein Stück für Violine und Klavier „Zigeuner“ von Maurice Ravel, bekundeten nichts neues über ihre Komponisten. Donners Arbeit ist ideenreich und für die Spieler äußerst dankbar, am originellsten in dem rhythmisch eigenwilligen wie aus einem Guß geformten Schlußprolo. Ravel's Komposition stellt ein Seitenstück zu Sarasates „Zigeunerweisen“ dar, ist effektiv geerdet und geistreich sehr dankbar, aber naturgemäß wenig originell, da es im wesentlichen mit ungarischer Thematik arbeitet.

Adolf Aber.

(Schluß folgt.)

•• Kreidolf in der Schweizer Kunstausstellung. Ernst Kreidolf, der in Bern lebende Meister der Kinderbilderbücher, ist mit 12 Bildern nicht gelegentlich Aquarellen seiner köstlichen Blumenmärchen in die Schweizer Kunstausstellung der Badischen Kunstschule eingeladen. Der ganze Zauber seiner kindlich dichterischen Blumenwelt tut sich in den zarten farbschönen Blättern auf, die in dem ersten Saal des Hans-Thoma-Museums für wenige Tage von vormittags 10 Uhr bis abends 6 Uhr zu sehen sind.

Badisches Landesbühnen. Die zweite Aufführung der zu einem „Russischen Komödienabend“ vereinigten Komödien „Die Hölle“ von Leo Tolstoj und „Die Heirat“ von Nikolaj Gogol erfolgt am Donnerstag, den 17. September. „Mofers“, Stiefvaterfest, das bei seiner Wiederankunft in unsern Spielplan am Ende der vorigen Spielzeit eine überaus fröhliche Wirkung übte, gelangt am Samstag, den 19. September zur Wiederholung.

* Der erste Artikel erschien in Nr. 417 der „Badischen Presse“.

Lahrer Brief.

Von unserem Sonderberichterstatter.

M. Lahr, 14. September 1926.

Der Voranschlag für das laufende Rechnungsjahr wurde, wie bereits kurz gemeldet, einstimmig genehmigt. Zugleich erklärte der Bürgerausschuß sein Einverständnis damit, daß der Fehlbetrag von 415 000 M., welcher trotz der Einnahme von 1 447 360 M. verbleibt, durch die Grund- und Gewerbesteuer gedeckt wird. Bei der Befassung der Steuerföche von 1924 betragt diese 414 430 M. Trotz der schließlich einstimmigen Genehmigung am Schlusse der Sitzung wurden bei der Beratung der Einzelpositionen doch verschiedene schwerwiegende Bedenken aus dem Schoße des Bürgerausschusses heraus geäußert. Eine Nachlese hierüber unterließ ich in dem letzten Briefe aus „Furcht vor dem Redaktionsstift“ und will auch heute nur die größten und die Allgemeinheit am meisten berührenden erwähnen, da ich schließlich doch etwas post festum komme. Eine große Sorge bereitet der Stadt, wie jedem anderen Schuldner, die Aufwertung der alten Stadtanleihen im Betrage von 2 596 000 M., wozu in den Voranschlag noch keine Mittel eingestellt sind. Diese sollen, wenn notwendig, aus den in der Baufondskasse verwakleten Kapitalien entnommen werden, werden aber, wie im Vorberichte offen zugestanden wird, die Steuerzahler nicht unerheblich belasten. Das generöse Verhalten der Stadt gegenüber der Mittelbadischen Eisenbahn, welche durch Umlegung der Schienen in der Friedrichstraße und der erst vor einem Jahre neugeplakterten Kaiserstraße eine teilweise Neupflasterung der letzteren notwendig macht, ohne zu den hohen Kosten herangezogen zu werden, wurde von demokratischer Seite mit Recht bemängelt, zumal unter Abweisung Verlehr derselben Eisenbahn noch 3000 M für Aufrechterhaltung des Fahrplans bewilligt werden. Auch die Entschädigung des Elektrizitätswerkes Mittelbaden U. G. für Ueberlastung der Konzeßion mit 18 755 M fand die demokratische Fraktion zu nieder und möchte dieselbe im nächsten Voranschlag mit 36 000 M eingesezt sehen. Den weiteren Fortbestand der Höheren Mädchenschule, welche die Stadt mit 22 000 M befaßt, hält die sozialdemokratische Fraktion im Hinblick auf unsere vorbildlichen Schulverhältnisse nicht für notwendig. Sie wird wohl diese Forderung auch weiterhin hartnäckig vertreten unter Zustimmung der nicht direkt beteiligten Steuerzahler. Dieselbe Fraktion zeigte aber durch ihren Sprecher auf einen Mibstand, der diesen Namen voll auf verdient, nämlich auf das gänzlich Fehlen von öffentlichen Bedürfnisanstalten in der Stadt selbst mit ihren rund 15 000 Einwohnern. Und dabei kam auch der dauernd unwürdige Zustand der am Bahnhof gelegenen Bedürfnisanstalt zur Sprache, auf die auch schon in Sprechsaalartikeln der hiesigen Zeitungen hingewiesen wurde. Einstweilen verschönert man nur „drum rum“. Als Fortsetzung dieser ästhetischen Zustände unserer sieben Stadt brachte ein Mitglied die Klagen der Anwohner des Gewerbetanals zur Sprache, wurde aber auf die kommende Kanalisation verzichtet. Das zunehmende Fäulnis der Abwässerungsmittel, Erneuerung des bei den Septemberunruhen beschädigten Kriegerdenkmals, Erhöhung der Beiträge für die soziale Fürsorge von 21 000 auf 30 000 M., Gebäudesteuer und Waudersehen, alles wurde weiterhin zu einem schön dicken Strauße vereinigt und dem Vorliegenden „zur weiteren Veranlassung“ überreicht. Also „ganz glatt“ ging es trotz der einstimmigen Zustimmung doch nicht. Immerhin war die Sitzung eine Rekordleistung, da die Beratung des 20 Seiten umfassenden Vorberichtes kaum zwei Stunden dauerte.

Wie heutzutage für alle Städte und Gemeinden ist auch für Lahr der Ausgabenposten für die Unterhaltung der öffentlichen Wege, Plätze und Anlagen einer der größten im städtischen Haushaltsplan und besizert sich auf 312 000 M bei einer Einnahme von 11 500 M, darunter 1 500 M an Einnahmen aus dem Stadtpark für Pflanzen und Geflügel. Und trotzdem glaubt unser Stadtkonami mit dieser Summe nicht auskommen zu können, da die hohen Materialpreise noch steigen und das Material zudem recht schwer herbeizuschaffen ist. Bei der Vernehmung der Kraftfahrzeuge wird die früher übliche Befestigung der Straßen mit einer Schotterdecke heute für unzumänglich und kostspielig gehalten wegen der zu häufig notwendigen Erneuerung. Die verkehrsreichen Straßenkreisen innerhalb des Stadtbereiches sollen daher nach und nach gepflakert werden, weshalb diese großen K.M.-Posten noch eine Reihe von Jahren im Voranschlag erscheinen werden. Gegenwärtig sind sehr viele Straßen infolge von Pflakierung, Beschotterung und Teerung polizeilich gesperrt, da auch die kaum erst neu beschotterten Straßen gesperrt werden. Lange scheint übrigens auch diese Teerung die Staubentwicklung nicht aufhalten zu können, wie die Erfahrung lehrt. Man scheint daher von der Polizei aus wieder auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Fahrzeuggeschwindigkeit in den Ortschaften Gewicht zu legen, wohl auch veranlaßt durch die sich häufenden Unglücksfälle, verursacht durch die Raserei, besonders der Motorradfahrer.

Neben all diesen und sonstigen Fragen, die ja für die nächste Zukunft keine Herabsetzung der seit dem Vorjahre in die Höhe gehömmelten Umlagen verheizen, nimmt das allgemeine Interesse sämtlicher Kreise der Einwohnerschaft die jetzt immer mehr in Vordergrund rüdende Frage der Eingemeindung von Dinglingen in Anspruch. Für Lahr ist diese Frage brennend, da die Stadt sich ausdehnen muß, will sie nicht ins Hintertreffen geraten, dazu aber den freien Weg nach Westen zu dringend benötigt. In einem sehr eingehenden Berichte vom 24. März ds. Js. an das hiesige Bezirksamt hat unser Herr Oberbürgermeister diese dringliche und lebenswichtige Frage der Vereinigung der beiden Gemeinwesen auseinandergesezt und betont, daß der Entwicklungsprozeß für Lahr, angesehen auf die jüngste Gestaltung des Ganges der baulichen Ausbehnung, schon heute katastrophalen Schwierigkeiten begegnet, und daß die Stadt bereits am Ende ihrer wirtschaftlichen und baulichen Entwicklungsaussichten nach Westen angelangt sei. Die Verhandlungen zwischen den beiden Gemeinden schwanken schon seit langen Jahren, doch konnte bei dem ablehnenden Verhalten des Dinglinger Gemeinderates eine Verdingung leider noch nicht erzielt werden. Um so mehr muß es begrüßt werden, daß seit einigen Monaten Bürger der beiden Gemeinden aus allen Kreisen sich in

privaten Zusammentünften mit dem Für und Wider der Vereinigung beschäftigen und Wünsche und Forderungen auszugleichen suchen, um diese dann den gelehgeberischen Körperschaften als geeignete Unterlagen bei der endgültigen Entscheidung vorzulegen. Diese gegenseitige, wie private Fühlungnahme hat vorläufig ihren Niederschlag gefunden in einem Vertrags-Entwurf von 88 Paragraphen, der in der letzten Versammlung gutgeheßen wurde. Man erwartet nun eine endliche Antwort des Gemeinderats Dinglingen, welcher bis jetzt nur den Empfang der amtlichen Schreiben und der von privater Seite ergangenen Einladungen zu den Zusammenkünften mit einer Beschwerde über letztere an das Bezirksamt bestätigt hat. Die in unserem Nachbarorte über die Vereinigung herrschende Stimmung kennzeichnete ein Bürger sehr gut mit den Worten: „Die Tundelinge (die alte Bezeichnung für Dinglingen) ist eine alte und frode Jungfer, die sich nur schwer zu einer Liebesheirat mit Lahr entschließen kann; vielleicht eher zu einer Vernunftehe.“ Vielleicht hot der Hochzeiter Lahr zu zuversichtlich angenommen, daß die „alte spröde Jungfer“ gerne unter die Hochzeitshaube käme und dieses zu offen gezeigt. Aber offen wollte man von Lahrer Seite vom Anfang der Verhandlungen an sein und zudem entgegenkommend. Ueber die „Liebesheirat“ verhandelt man noch weiter; sollte diese nicht zustande kommen, dann drängen die Verhältnisse mit Macht auf eine „Vernunft- oder Zwangs-Ehe“ auf dem Wege der Gelehgebung.

Einen bösen Gast, der sich seit Mitte Januar hier eingenistet hatte, der nicht weichen wollte, die Maul- und Klauenseuche, sind wir nun dank der energisch durchgeführten amtlichen Anordnungen los geworden. Da während der langen Zeit die Vieh- und Schweinemärkten ausfallen mußten, war der Gast besonders für die hiesige Wirtschaftswelt ein recht unerwünschter, die auch hier unter dem sonstigen Druck der Verhältnisse schwer leidet. Ihre heisse Lage drückt sich deutlich in den sich häufenden Anträgen zur Stellung unter Geschäftsaufsicht, vielfach der Vorläufer des Konkurses, aus. Daß unter solchen Verhältnissen die Festlichkeiten stark absinken, ist selbstverständlich, wie auch, daß der Stadt- oder Festhallenbau etwas in den Hintergrund getreten zu sein scheint. Es scheint da übrigens für diesen Bau ein anderer Plan aufgetaucht zu sein, der allerdings für die Desfentlichkeit wohl noch nicht reif ist. Ich hoffe aber doch, im nächsten Briefe genauere Angaben hierüber machen zu können, kann aber schon heute versichern, daß die überwiegende Mehrzahl der Bürger geschlossen gegen eine etwaige Erhöhung der städtischen Umlagen zum Bau einer Festhalle protestieren wird. Und eine solche Uraugten auch unsere alten Herren und Damen bei ihren 40 bis 70 Jahren nicht. Ohne Tam-Tam mit dem möglichst langen Programm verließen diese Zusammenkünfte so recht gemüßlich, nach dem alten, soliden Muster. Und an Unterhaltungsstoff und an Ursachen zum bedenklichen Kopfschütteln hats dabei nicht gefehlt.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die bereits in der Vormoche Anzeichen des Umschwungs zur rückwärtigen Bewegung zeigte, hat in der Berichtswoche (2.-9. September) ihre Tendenz beibehalten. Sie äußerte sich in größeren Entlassungen und Betriebsbeschränkungen. Hinzu kommt, daß der Beschäftigungsgrad in der Landwirtschaft und Holz- und Schnitstoffindustrie etwas abrückte. Der Verschlechterung wirkte allerdings das Wiederaufleben des Arbeiterbedarfs im Baugewerbe und die örtliche Nachfrage nach Textilarbeitern entgegen. In der gleichen Richtung wirkte auch der gute Geschäftsgang in der Uhrenindustrie, wo bereits das Weihnachtsgeschäft eingeleitet hat.

Zahlenmäßig kommt die Verschlechterung dadurch zum Ausdruck, daß die Zahl der Stellensuchenden um 621 zugenommen hat, während die Zahl der offenen Stellen nur eine Zunahme von 156 zeigte. Die Anbrangssiffer ist dagegen annähernd unverändert geblieben.

In der Landwirtschaft ebte der Bedarf an Arbeitskräften allgemein infolge der anhaltend ungünstigen Witterung ab. Nur örtlich waren Hilfskräfte für die beginnende Kartoffelernte verlangt. Der vereinzelte Mangel an gelerntem Knechten und Molkern dauerte fort.

Die Gruppe der Steine und Erden zeigte ein weiteres Nachlassen. Teilweise wird noch eine größere Zahl von Steinhauern im zwischenörtlichen Ausgeseh angefordert.

Die Verschlechterung in der Metallindustrie hat weiter um sich gegriffen. Mannheim meldet die Kündigung von 250 Arbeitern. In Karlsruhe ist in einer Firma ebenfalls eine größere Personaleinschränkung eingetreten. Trotzdem konnten einige Arten von Spezialarbeitern nicht beschafft werden (z. B. Maschinenformer, Dreher, Fräser, Stanser).

Unverändert gut blieb der Beschäftigungsgrad in der Uhrenindustrie des Schwarzwalds: Wilingen fordert weitere jugendliche und weibliche Arbeitskräfte an. Ein Betrieb in Lentzich hat nach längerer Schließung die Arbeit mit 149 Arbeitern wieder aufgenommen. Die Hilfsindustrien der Uhrenindustrie waren ebenfalls gut beschäftigt.

Die Lage in der Schmuckwarenindustrie in Pforzheim war durchwegs uneinheitlich. 7 Betriebe arbeiteten eingeschränkt, während 12 bis 15 Betriebe Ueberstunden machten.

Die Lage in der chemischen Industrie kann allgemein als günstig bezeichnet werden. Die Großindustrie des Bezirks Mannheim trat weiterhin mit Bedarf hervor.

Die Textilindustrie gilt als gut beschäftigt. Am Oberrhein werden noch eine größere Zahl von weiblichen Arbeitskräften eingeleitet. Das Bekleidungsgeerbe zeigte teilweise einen weiteren Rückgang.

Das Holz- und Schnitstoffgeerbe wies eine rückläufige Bewegung auf. Nur ganz vereinzelt wurden gelernte Spezialmaschinenarbeiter gesucht.

Die völlige Arbeitsruhe in der Korbindustrie dauerte auch in der Berichtswoche an (300 Mann). Es besteht jedoch Aussicht auf Besserung.

In erhöhter Zahl waren im Nahrungs- und Genussmittelgeerbe für ledige Bäcker und Metzger offene Stellen gemeldet. Der Bedarf an jungen Metzgern war nicht zu decken.

Aus der Tabakindustrie berichtet Bruchsal, daß 2 Zigarrenfabriken den Betrieb eingeschränkt haben. In Baden-Baden wurde eine Zigarrenfabrik erweitert.

Das Brauereigeerbe schritt wiederum zu Entlassungen. Nach beendetem Arbeitskampf setzte im Baugewerbe allgemein ein großer Bedarf an gelerntem und ungelerten Kräften ein. Infolge der fortgeschrittenen Jahreszeit werden überall die angefan-

genen Bauten schnell unter Dach gebracht. Durch diesen erhöhten Arbeitsgang wurden auch die Bauhilfsgewerbe (Bauschlosserei, Installation, Zimmergeerbe) sehr günstig beeinflusst.

Infolge der ungünstigen falken Witterung hat der Arbeitsmarkt im Gastwirtsgeerbe stark nachgelassen. Saisonstellen sind bereits vergriffen. Der Mangel an gelerntem Küchenpersonal dauert trotzdem noch an.

Eine kleine Besserung zeigte das Verkehrsgewerbe, das infolge des Wiederauflebens der Bautätigkeit eine größere Zahl von Arbeitern unterbringen konnte.

In der Gruppe der Lohnarbeit wechselnder Art sind durch die Fertigstellung von Arbeiten im Tiefbaugewerbe vielfach Arbeitskräfte frei geworden. Im allgemeinen ist hier die Lage gleich schlecht geblieben.

Auch auf dem Angestelltenmarkt herrscht fast völlige Ruhe. Die Zahl der Stellensuchenden hat durch umfangreiche Personaleinschränkungen zugenommen. Vereinzelt wurden junge weibliche Kräfte gesucht.

Mosbach, 15. Sept. Der älteste Mann unserer Stadt, Aukturmeister a. D. Joh. Adam Berner, ist im Alter von 90 Jahren gestorben.

Rehl, 14. Sept. (Vom Feuerlöschwesen.) Der Bezirksrat hat in seiner letzten Sitzung den Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr, Fabrikanten Friedrich Bierenbreier, zum Feuerlöschinspektor für den Bezirk Rehl ernannt, zu seinem Stellvertreter Gipsmeister Otto Dorisch.

Altenheim, 14. Sept. (Abzug der Franzosen.) Heute rückten die letzten Franzosen ab; Altenheim gehört aber leider auch weiterhin zum besetzten Gebiet.

Einbach (Amt Wolfach), 15. Sept. (Brand.) In der Nacht von Sonntag auf Montag brach im Zinken Neuenbach auf dem Gutmannshof aus bis jetzt nicht festgestellter Ursache Feuer aus, wodurch das Anwesen vollständig vernichtet wurde. Die Hauslicher Motorprie, die infolge verzögerter Benachrichtigung zu spät eintraf, konnte nicht mehr helfen. Der Schaden sollte sich schätzungsweise auf 8000 Mark belaufen. Das Feuer, das gegen 11 Uhr abends ausbrach, dauerte bis morgens gegen 4 Uhr.

Emmendingen, 15. Sept. (Ertrunken.) Gestern abend stürzte ein 7 Jahre altes Mädchen des Arbeiters Salento beim Spielen in den Gewerbetanal und wurde vom Wasser forgerissen, ohne daß es gelang, das Kind zu retten. Trotz aller Mühe war es bis jetzt nicht möglich, die Leiche aufzufinden.

Staufen, 12. Sept. (Zunftsfeß.) Das geplante Zunftsfeß, das ursprünglich auf den 4. November und 18. Oktober 1925 festgesetzt war, kann eingetretener Schwierigkeiten wegen in diesem Jahre nicht abgehalten werden.

St. Georgen b. Freiburg, 15. Sept. (Schwerer Unglücksfall.) Der hiesige Einwohner Wilhelm Müller wollte auf seinem Rad nach Freiburg fahren. Unterwegs suchte er ein Fuhrwerk zu überholen. In diesem Augenblick kam in größter Schnelligkeit ein Motorradfahrer aus entgegengesetzter Richtung und fuhr dem Radler mit solcher Wucht in die Flanke, daß Müller in großem Bogen vom Rade geschleudert wurde und schwer verletzt bewußtlos liegen blieb. Der Verunglückte mußte in die Klinik nach Freiburg gebracht werden.

Gerichtszeitung.

Karlsruhe, 15. Sept. Auf abkühliger Laufbahn bewegt sich der 20 Jahre alte Kaufmann Jäger, der wegen Einbruchs und Diebstahls auf der Anklagebank saß. Er hat in Karlsruhe und in Weierheim vor drei Jahren, — damals kaum 17 Jahre alt, — nicht weniger als 7 schwere Einbrüche und Diebstähle verübt, die ihm bedeutende Werte einbrachten. Der Angeklagte gab alles zu und legte u. a. aus, daß er auch in Frankreich, wohin er damals geflohen war, mehrere Diebstähle ausgeführt hatte. Er war in der Fremdenlegion und dann von Frankreich ausgewiesen worden. Die Diebstähle hat er mit einem 12 Jahre alten Kumpan namens Büschlein verübt. Der in der Zwischenzeit zu einer schweren Strafe verurteilt worden ist. In Anbetracht der Gemeingefährlichkeit des jungen Verbrechers und der Höhe der entwendeten Werte lautete das Urteil auf 1 Jahr Gefängnis und Ueberweisung an das Vormundschaftsgericht. Weiter standen 8 Personen in einer Abtreibungsaffäre vor dem Gericht. Die Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von fünf, drei, zwei Monaten und zwei Wochen. — Wegen Betrugs im Rückfall war die 30jähr. schon 9 Mal wegen Diebstahls, Unterschlagung u. w. verurteilte Hedwig Bartenbach angeklagt. Unter falschen Vorzaben, sie bekomme aus Amerika einige 1000 Mark und sie würde eine Erbschaft in Vorheim machen, ließ sie sich von leichtgläubigen Leuten Geld geben. Sie erhielt eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten und die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihr auf die Dauer von vier Jahren abgesprochen.

Aus den Nachbarländern.

Zweibrücken, 14. Sept. (Eine Rabennutter.) Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich die 1901 in Annweiler geborene Luise Ludwig, zuletzt Servierfräulein in Birmalens, wegen eines Verbrechens des Totschlages zu verantworten. Der Angeklagten liegt zur Last, am Abend des 17. März dieses Jahres ihr 10 Tage altes Kind bedacht getötet zu haben, daß sie sich an ein Mädchen vor der Stadt Birmalens bezah, das Kind dort entkleidete und in den Schneee legte, wo es infolge Nahrungsmangels und Kälte starb. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis abzüglich drei Monate Unteruchungshaft, bei Annahme mildernder Umstände.

Die Reblausgefahr im pfläzlichen Weinbaugebiet.

Der Anbau amerikanischer Reben abgelehnt. Am letzten Freitag besuchten unter Führung des Weinbaudirektors Bauer, Neustadt a. d. S. etwa 50 Herren, unter denen sich Vertreter der pfläzischen Kreisregierung und Kreisbauernkammer befanden, die durch die Reblaus verheereten Weinbaugebiete in der Nähe der Weinorte Hainfeld, Wehler, Rohod und Burweiler. Die Größe der verheereten Weinbaufläche beträgt 12 Morgen. Es besteht Gefahr, daß aus dieser wertvolle Lagen von dem außerordentlich gefährlichen Reblaus ergriffen werden. Die Reblaus stellt größte Gefahr zur Verfügung. Die Reblaus wurde dieses Jahr vom ersten Mai im pfläzlichen Weinbaugebiet festgestellt. Der Anbau von amerikanischen Ertragstragweinen, die gegen die Reblaus immun sein sollen, wurde von der Kommission widerrufen mit der Begründung, daß die amerikanischen Reben ein zwar sehr ertragreiches, aber durchaus minderwertiges Produkt liefern; außerdem ließe es der Weinschmitterlei Vorhub, weshalb der reelle Weinhandel den Ankauf solchen Weines ablehnen muß.

Die Lichtwirtschaft

behandelt Wirtschaftsfragen vom Standpunkt der Beleuchtung. Sie bekämpft den Irrglauben vom Luxus der elektrischen Beleuchtung und fordert von jedem die Ruhbarmachung der dem Licht innewohnenden wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte.

Unsere Anzeigenfolge wird sich mit Fragen befassen, die sich hieraus für Sondergebiete ergeben.

OSRAM

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 16. Sept. 1925.

Nachklänge zum Heimtag. Die Ueberlinger Trachten.

Bekanntlich befanden sich beim Heimatsfestzug auch mehrere Ueberlinger Damen, die mit ihrer alten schönen Tracht im Zuge besonders angenehm auffielen. Wie uns aus Ueberlingen gemeldet wird, wäre die Beteiligung noch größer gewesen, wenn die Stadt sich etwas besser um die Sache angenommen hätte.

Wie uns mitgeteilt wird, haben sich neben Herrn Verkehrsleiter La cher noch folgende Herren bei der Veranstaltung besonders verdient gemacht: Druckermeister Lang, der 2. Vorsitzende des Verkehrsvereins und Vorsitzender der Festzugskommission, Herr Riederer, der technische Leiter des Festzuges, der in Herrn Ferdinand Ochs bei Beschaffung der Gespanne einen treuen Helfer hatte und bei der Firma von Steffelin ganz besondere Unterstützung gefunden hat.

Reiseverkehr mit Oesterreich. Die im August d. Js. erfolgte Aufhebung des Scheckverkehrs im Verhältnis zu Oesterreich ist nach den gemachten Erfahrungen von zahlreichen Deutschen dahin verstanden worden, daß im Reiseverkehr nach Oesterreich auch die Mitführung eines Passes entbehrlich geworden sei.

Aufhebung der Sommerzeit. Die in Belgien, England, Frankreich und Holland gegenwärtig bestehende Sommerzeit wird in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober — Samstag zu Sonntag — aufgehoben.

Gegen die Einheitskursfrage. In den Tagen vom 12. bis 14. September fand in Weimar der 27. Bundestag des Reichsbundes für Nationalstenographie unter starker Beteiligung statt.

Zu dem am Karlsruher Jugend-, Sport- und Turntag 1925 am Sonntag, den 20. September stattfindenden Herbststaffel-Läufen sind erkrankungsmäßig zahlreiche Meldungen eingelaufen, so daß der Austrag der Läufe zu einem spannenden Ereignis werden wird.

St. Johannisfest. Ein seitrennt lebender 55 Jahre alter Landwirt aus Königsfelden, wohnhaft hier, wegen Betrugs; ferner bei einer Polizeistreife 11 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen.

Voranzeigen der Veranfaller.

Eröffnungsballett. Wir wollen nicht verkümmern, auf den heute Mittwoch Abend stattfindenden Saison-Eröffnungsballett mit dem besten Tanzpaarlein Elm Schömann und Eric Borghard noch mehr Aufmerksamkeit zu machen.

Kaffee-Vorleser. Auf das heutige Mittwochskonzert der verstärkten Kapelle sei hiermit besonders hingewiesen. (Siehe die Anzeige.)

Samstag am Original-Ausstellung, Volks-Museum. Der Mensch, Kaffee-Konsum, Göttinger-Tische. Da die Ausstellung besonders bei Frauen großen Anklang findet, hat sich die Leitung entschlossen, am Donnerstag nachmittags von 3-9 Uhr diese nur für Frauen und Mädchen zu reservieren. (Näheres siehe Anzeige.)

Vorfesier in der Stadtkirche. Am 23. Juli waren es 175 Jahre, daß der Domkaplan Johann Sebastian Bach seine Augen schloß für diese Welt. Es gibt wohl kaum einen erst zu nehmenden Kirchenmusiker, der nicht an Bach seinen Geist gesandt hätte, der nicht von diesem Erbe zehrt und es befruchtet auf sich einwirken läßt.

Die Aufwertungfrage

Bildete Gegenstand einer öffentlichen Versammlung, die vom Haus- und Grundbesitzerverein auf Dienstagabend in den Saal der Eintracht einberufen worden war.

Eröffnet wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden des Haus- und Grundbesitzervereins, Herrn Architekt Deines. Er wies auf die Ausführungen des Stadtrats Humar in München hin, der sich auf den Standpunkt stellte, daß das Aufwertungsgelei klare Verhältnisse schaffen wolle, sodaß Gläubiger und Schuldner wieder mit festen Begriffen rechnen können.

Den eigentlichen Vortrag über die Aufwertungsfrage hielt Herr Oberlandespräsident Dr. Levis. Er betonte von vornherein, daß die Materie außerordentlich schwierig sei, da die Verhältnisse im Hypothekennwesen sehr verwickelt seien.

Heute

beginnt der Briefträger in allen Orten bei unseren Postbeziehern mit dem Einzug des Bezugsgeldes für unsere Badische Presse für den Monat Oktober. Wir bitten unsere verehrlichen Postbezieher, den Betrag bereitzulegen, damit in der Zustellung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

wichtig sei, ob man eine persönliche Forderung habe oder eine Hypothek. Maßgebend für die Umwertung einer Forderung sei nicht der Nennbetrag der Hypotheken, sondern der Erwerbspreis der Hypotheken. An Hand von interessanten Beispielen zeigte er die Verschiedenartigkeit der rechtlichen Lage von Schuldnern und Gläubigern nach den Bestimmungen des Aufwertungsgelei. Sehr bedeutsam sei, ob ein privilegierter Erwerb einer Hypothek vorliege oder ein nichtprivilegierter. Der Redner ging auch auf die Fälle ein, für die das Gelei eine Herabsetzung des Aufwertungsgelei von 25 Prozent vorsehe, wenn es sich um die Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz des Schuldners handelte.

Am Schluß seiner interessanten Ausführungen stellte der Redner fest, daß er rein sachlich über das Gelei berichtet habe ohne jede Kritik an dem Gelei. Er gebe zu, daß das Gelei keine ideale Lösung sei. Am besten sei die Lösung, daß sich Gläubiger und Schuldner einigen, wenn sich die Beteiligten selbst bemühen, mit gutem Willen einen Ausgleich zu schaffen, und einen Weg zu finden, der dem einen nicht wege tue und dem anderen nicht schade.

Versammlung der Post- und Telegraphenbeamten

Am Samstag, den 12. September, abends 8 Uhr fand im Saale der Bavaria in Karlsruhe eine öffentliche Versammlung des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten statt. Herr Verbandsvizepräsident Dr. F. A. Stutzart hielt einen Vortrag über das Thema: „Der Existenzkampf der Beamtenschaft“, der mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Hierauf wurde folgende Entschlieung einstimmig angenommen: Die am 12. September im überfüllten Saale der „Bavaria“ versammelten Mitglieder des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten erheben ihr förmliches Protest gegen die Behandlung und Ablehnung ihrer gerechten Forderungen auf Erhöhung ihrer Bezüge, durch Reichsregierung und Reichstag.

Die Versammlung spricht ihr größtes Bedauern über das Verhalten der Parteien aus die durch ihre Anträge im Reichstage die große Notlage der untern Besoldungsgruppen anerkannt haben, und damit beklunden, auch dem niedrigen besoldeten Beamten ein menschen- und kulturwürdiges Dasein zu sichern, aber bei der entscheidenden Abstimmung im Reichstage durch ihr Verhalten die Besoldungserhöhung für die Besoldungsgruppen 1 bis 6 zum Scheitern brachten.

Die Beamtenchaft hat stets und jederzeit den Willen beklundet, Opfer zu bringen, wenn das Interesse des Staates es erforderte, sie hat dieses in den vergangenen Jahren durch die Tat genügend bewiesen, aber schließlich leidet die Not auch diesem Willen Grenzen.

Die untern Beamtenchaft ist durch das erhöhte Leistungsmaß etnerleitet, und die dauernd schlechte Entlohnung andererseits, am Ende ihrer Kraft angelangt. Sofortige und durchgreifende Hilfe ist dringend notwendig, wenn der völlige Zusammenbruch vermieden werden soll.

Die Versammelten fordern von der Reichsregierung erneut die Erhöhung ihrer Bezüge, die der erhöhten Lebenshaltung anzupassen sind. Weiter verlangt die Versammlung die Gewährung einer sofortigen Beschaffung beihilfe zur Eindeckung der Winterverträge, da die Beamten ohne jede Beihilfe leben.

Von der Spitzenorganisation dem D. V. B. verlangt die Versammlung, daß sie weiter alles daran setze, um der großen Verelendung der untern Besoldungsgruppen abzuwehren: zur Durchsührung dieser Forderung sind die stärksten gewerkschaftlichen Mittel anzuwenden. Die Versammlung gelobt, sich geschlossen hinter alle Maßnahmen des D. V. B. zu stellen.

Die am 12. September 1925 im Saale der „Bavaria“ versammelten Mitglieder des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten erließen den Verbandsvorstand mit allen Mitteln für eine höhere Bewertung der nervenzermürbenden Nachtdienstezeit einzutreten.

Das Ziel muß die einundneinhalbfache Anrechnung sein. Die Verwirklichung dieses Zieles schreitet aber immer wieder an dem Hindernis der Regierung darauf, daß ein großer Teil des Nachtdienstes nur aus Vereinstätigkeiten bestehe und die dabei beteiligten Beamten mehrere Stunden dem Schlafe widmen könnten.

Es ist deshalb zu untercheiden, zwischen aktivem Nachtdienst und Vereinstätigkeiten oder zwischen vollschäftigen und nicht vollschäftigen Beamten. Die zum Teil unterernährten und mit Arbeit überlasteten Beamten bedürfen heute mehr denn je der Zeit zur Erholung. Die Entschädigung, die heute in der Verteilung von 50 Pf für den mehrtätigen und gesundheitschädlichen Nachtdienst gemährt wird, steht im schreienden Mißverhältnis zu den verlangten Leistungen und Opfern.

Turnen + Spiel + Sport.

Karlsruher Turnverein 1846. Als Abschluß der diesjährigen Leichtathletikturnen wurden am vergangenen Sonntag die Vereins-Einzelmeisterschaften bei guter Beteiligung ausgetragen. Es wurden folgende Resultate erzielt: 50 Meter Lauf: 1. Kleiber Jr. (6,1), 2. Schmitt Otto (6,3), 100 Meter Lauf: 1. Wondratsch E. (11,8), 2. Schmitt Otto (12), 200 Meter Lauf: 1. Wondratsch E. (25,2), 2. Schmitt Otto (25,4), 1500 Meter Lauf: 1. Bette, Hellm. (4,48,2), 2. Stich, Eugen, 3000 Meter Lauf: 1. Bette, Hellm. (11,19,6), 2. Hermann Erw. Hochsprung: 1. Bette, Hellm. (1,53 Meter), 2. Bette, Karl (1,50 Meter), Weitsprung: 1. Bette, Karl (5,80 Meter), 2. Wigger E. (5,78 Meter), Weitsprung a. d. St.: 1. Lochmann D. (2,71 Meter), 2. Bette, R. (2,69 Meter), Dreisprung: 1. Bette, Karl (11 Meter), 2. Wigger (10,80 Meter), Kugelstoßen: 1. Burger (10,39 Meter), 2. Wigger (10,05 Meter) a. R. 11,57 Meter, Steinwurf: 1. Burger (6,58 Meter), 2. Lochmann (6,57 Meter) a. R. 8,27 Meter, Diskuswerfen: 1. Lochmann (31,60 Meter), 2. Algeier J. (30,20 Meter), Speerwerfen: 1. Wigger (37,20 Meter), 2. Algeier (35 Meter), Schleuderballwerfen: 1. Lochmann (48,70 Meter), 2. Algeier 47 Meter, Schlagballwerfen: 1. Lochmann (74,70 Meter), 2. Schmitt Jr. (64 Meter), Handballwerfen: 1. Algeier (31,40 Meter), 2. Lochmann (31 Meter).

Nachklänge zum Kampf um die deutsche Schwergewichtsmekkerschaft. Die Rivalität zwischen dem früheren deutschen Schwergewichtsmekker im Vogen Hans Breitensträter und dem Deutsch-Amerikaner Samson Körner scheint mit dem erbitterten Kampf am vergangenen Freitag immer noch nicht ihr Ende gefunden zu haben. Zu der wenig erfreulichen Vorgeschichte dieses Treffens scheint jetzt noch ein ebenso unangenehmes Nachspiel hinzuzutreten. Der Richter, der Breitensträter in dem Meisterschaftskampf gegen den alten Meister Samson-Körner einen Punktzug zusprach, hat in höchst selten außerordentliches Erntanen ausgelöst, da nach dem Gesamteindruck des Kampfes bei unbefangener Beobachtung von einer Überlegenheit Breitensträters nicht die Rede sein konnte. Der Manager von Samson hat beim Verband Deutscher Faustkämpfer gegen das Urteil Protest eingelegt und bringt Gründe vor, die, wenn sie zutreffen sollten, unbedingt zur Revision des Urteils führen müssen. Als unumstößlicher Beweis dient der Film, der während des Kampfes gemacht worden ist. Alle Situationen des schweren Treffens sind auf dem Filmbreite festgehalten worden und geben den Kampferlauf naturgetreu wieder. Die interessanteren Stellen sind mit der Zeitlupe gemacht und hierbei zeigt es sich ganz genau, wo verschiedene Schläge, die entscheidend auf den ganzen Ausgang waren gelangt sind. Samsons Manager führt folgende Protestgründe an: 1. der entscheidende Niederschlag in der 7. Runde war ein nach den sportlichen Regeln des Verbandes verbotener Genickschlag; 2. während der Niederlage ging Breitensträter nicht wie vor dem Kampfe vom Ringrichter verlangt, in eine Neutralenlage, sondern blieb ohne Intervention des Ringrichters unmittelbar bei ihm stehen; 3. in der 7. Runde erhielt Samson-Körner von Breitensträter am Boden einen klaren Nachschlag; 4. er wurde durch dauerndes Halten Breitensträters, ohne daß der Ringrichter dagegen einschritt, stark behindert; 5. er erhielt ein Einprügen gegen die Punktscheidung selbst. Auch ohne Berücksichtigung der vorstehend aufgeführten Punkte war der Kampferlauf zum mindesten ausgefallen, da er in der 15. Runde durch die eigenen verrieten Schläge und nicht durch einen Schlag seines Gegners durch die Seite fiel.

Bobo Nadda tödlich verunglückt. Der deutsche Automobilsporler Bobo Nadda, der Sieger in etwa 30 der größten deutschen Automobilrennen, ist am Samstagabend beim Training am NAC-Kennen in einer Kurve verunglückt und am Sonntag vormittag seinen schweren Verletzungen erlegen.

Ihr Nervensystem. ersarkt, Ihr Appetit wird gehoben, Ihr Wohlbefinden bessert sich nach einer Kur mit Dr. Kommel's Haematogen. Man ver'ange in allen Apotheken und Drogerien ausdrücklich Dr. Kommel's Haematogen A584

Geschäftliche Mitteilungen. So angenehm wie möglich müssen Sie Ihr Leben gestalten! Und so angenehm wie möglich müssen Sie sich darum auch eine Arbeit wie Eklektizismus machen. Das ist die Mühe, wenn Sie nur „Wido“-Schönheitsmittel verwenden. Sie sind etwas hervorragendes. Wenden Sie die neuesten „Wido“-Anseiner in dieser Zeitung und lassen Sie daran: Es gibt nichts Besseres für Ihre Schube als „Wido“!

LANG Kaiserstraße 167/1. Telefon 1073 Salamander-Tabakwaren. Günstige Bedingungen ermöglichen den Kauf eines erstklassigen Flügels Hammoniums oder PIANOS

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt a. M., 15. Sept. (Drahtbericht.) Die Abendbörse hatte unveränderte Haltung und ziemlich lebhaftes Geschäft. Die Stimmung war fest. Die Kurse konnten gegenüber den letzten Nachmittagsnotierungen weitere Gewinne erzielen. Stärkeres Interesse beanpruchte der Chemiemarkt, dessen Werte lebhaft umgingen. Die übrigen Märkte lagen gleichfalls fest. Anleihen waren leicht gehandelt. Stark beachtet waren Pfandbriefe, die bei lebhaftem Handel zu gesteigerten Kursen umgingen. Die Abendbörse schloß in fester Haltung.

Deutsche Anleihen: 5 Prozent Reichsanleihe 0,252 1/2, Schutzgebiet 6. Ausländische Renten: Jollfürken 8, Bagdad 1 8/5, Rio 11 7/5, Bankaktien: Berl. Handelsgesellschaft 128,75, Kommerzbank 96, Darmstädter 111, Deutsche Bank 112,5, Disconto 104,5, Dresdener 100,25, Mitteldeutsche Kredit 93,5, Reichsbank 133,5, Oester. Kreditaktien 7,75, Montanaktien: Buderus 51,5, Harpener 109, Zie Bergbau 97, Mannesmann 72 1/2, Mansfelder 72, Rheinisch 66,87, Kali Wessertal 125, Kali Westeregeln 132, Chemiekattien: Bad. Anilin 127, Anilin Berlin 123,75, Griseheimer 123,25, Elberfelder Farben 124, Th. Goldschmidt 71,5, Höfster Farben 124 Holzverföhlung 60, Transportwerte: Hapag 63,5, Nordd. Lloyd 68, Anatolier 1 8/8, Anatolier II 7, Industrieaktien: Klener 46,5, AEG 98,5, Holzmann 58,5, Krauß u. Co. 86,25, Mainkraft 74, Rheinmetall 35,5, Schudert 67,25, Sichel 5, Siemens Halske 85,5, Wagh u. Freytag 69, Bad. Zuder 57,75.

Mannheimer Börse.

N. Mannheim, 15. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Effektenbörse: Die heutige Börse verlief in fester Haltung. Es notierten: Badische Bank 2 1/2, Anilin 127, Chemische Goldberg 181, Badische Versicherung 115, Kontinentale Versicherung 84, Württembergische Transportversicherung 25 1/2, Dingler 18, Rheinische Mühlenwerke 45, Westeregeln 131, Wagh u. Freytag 68.

Warenmarkt.

Produkte und Colonialwaren.

Hamburg, 15. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Warenmarkt. Kaffee: Die Brauflotten waren unverändert, zum Teil auch um 8 Ctn. niedriger. Der hiesige Markt ist still. — Kakao: Trotz sehr mächtigem Anlandungsangebot erhielt sich feste Tendenz. Auch vom Auslande wurden keine Veränderungen gemeldet. — Reis: Die Haltung des Marktes blieb der rubianer Geschäft auf Basis letzter Preise unverändert. Es fehlte jede Anregung. Burma II loco 15,8, Oktober 15,7 1/2, November-Dezember 15,9 sh. Burma Bruch A I loco und spätere Andienungen 18, Burma Bruch A II loco und spätere Andienungen 12,6, Moulmein loco 20, spätere Andienungen 20,6, Stam loco 21,6, Parua loco 20,9 sh. — Auslandszucker: Auch heute konnte sich nur sehr kleines Geschäft entwickeln. Man nannte sächsische Kristalle Heintorn loco 16,6, November-Dezember mit 15, Java 25, loco mit 15,7 1/2 sh. — Schmalz: Tendenz schwächer. Amerikanisches notierte 4 1/4, raffiniertes 4 3/4—4 1/2, Hamburger Schmalz 4 1/2, je 100 Kilo netto. — Getreide: Die Stimmung war matt und lustlos, das Geschäft dementstprechend gering. — Mälenfrüchte: Es zeigte sich wieder vermehrte Nachfrage seitens des Bedarfs speziell für Bohnen und Erbsen, jedoch die Tendenz etwas fester war. — Futtermittel: Geringe Nachfrage seitens des Bedarfs ließ den Markt bei unveränderten Notierungen in ruhiger Haltung verkehren. — Öle und Fette: Der Markt lag ruhig. — Chemikalien: Tendenz ruhig.

Hamburg, 15. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Kaffeeimportnotierungen. (500 Ubr.) Best Superior Santos: März 91,75 B, 90,75 G, Mai 88,50 B, 88 G, September 102,75 B, 101,75 G, Dezember 97,75 B, 97,50 G. Tendenz schwebend.

Nürnberg, 15. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Hopfenmarkt: Zufuhr: 150 Ballen, Umsatz 37 Ballen, Preise unverändert. Tendenz ruhig.

Viehmarkt

Hofheimer Schlachtviehmarkt vom 14. Sept. Auftrieb: 26 Ochsen (unverkauft 2), 8 Kühe (0), 45 Rinder (10), 10 Ferkel (1), 7 Kälber (0), 12 Schafe (0), 242 Schweine (7). Marktverlauf: Schweine mäßig, sonst langsam. Preise für 1 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen 1. 62—66, Rinder 1. 65—68, Ochsen und Rinder 2. 56—58, Kühe 30—40, Ferkel 58—62, Kälber 55—60, Schweine 90—102.

Offenburger Schweinemarkt vom 10. Sept. Der Schweinemarkt war mit 286 Ferkeln und 4 Läufern befüllt. Man zahlte für Ferkel 30—70, für Läufer 130 Mark pro Paar.

Hassfurter Schweinemarkt vom 14. Sept. Angefahren waren 1 Läufer und 168 Ferkel. Preise für 1 Läufer 90 Mark, für Ferkel 30—70 Mark. Die Zufuhr erfolgte in 41 Sendungen aus den Bezirken Wolfach, Gengenbach und Lahr. Geschäftsgang gut.

Eigener Schweinemarkt vom 14. Sept. Angefahren waren 90 Milchschweine, wovon das Paar 42 bis 70 Mark kostete. Der Markt wurde ausverkauft.

Metalle.

v. D. London, 15. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Metallmarkt. Kupfer per Tonne 82 1/2, per 3 Monate 82 1/2; Zinn per Tonne 27 1/2, per 3 Monate 28, Blei nahe Sicht 28 1/2, entfernte Sicht 28 1/2; Zink nahe Sicht 27 1/2, entfernte Sicht 28 1/2.

Vom süddeutschen Eisenmarkt.

Im Rom-Eisenmarkt in Rheinland und Westfalen gibt keine besondere feste Stimmung aus, aber ein umso ärderes Angebot, das nicht im entferntesten in Einklang mit der Aufnahmefähigkeit des süddeutschen Marktes stand. Hier nähme man die sich im Gefolge des Ueberangebots erziehenden Maßregeln zu vorläufigen Einbehalten zu tun es wird aus, insofern man überhaupt zu Einhalten bereit war. Die auf angefallenen Großhandelsläger Süddeutschlands machten nicht nur neue Verfügungen notwendig, und in Fällen, in denen es nur einigermassen möglich war, diese zu vermeiden schickte es; man machte den Abnehmern lieber geringe Zugeständnisse, wenn sie Lagerware abnahmen. Sehr geachtet wurde über das Geschäft in Tabellen, das von erster Hand immer noch unter Verhandlungen zu erlangen war, die sich unter 130 Mark die Tonne, also über dem Baukosten, hielten; solche Lieferungen auf dem Wasserweg erwünscht waren, hat man sogar frei Mannheimer-Endwagons, vom Ruhrgebiet Tabellen zu Sähen offeriert, die etwas unter 130 Mark lagen! Ähnliche Verhältnisse fand man auch im Geschäft mit Formeln vor. Das Trägergeschäft hat auch jüngst nicht den um diese Zeit gewohnten Umlauf geholt, und man sieht allgemein ein, wie sehr die Erwartungen in dieser Hinsicht getrübt wurden. In welchem Maße man in Rheinland und Westfalen den Verkauf zu forcieren sucht, beweisen am besten die ankäuflich günstigsten Offerten von dieser Seite, die, frei Schiff oberdeutscher Häfen, weit unter 130 Mark die Tonne sich bewegen, während der Verkaufspreis sich betraulich auf 137,50 Mark, also über dem Baukosten, hielt. Der Bedarf der Eisenwerke an Rohmaterial ist sehr schwach geblieben. Eher war Wasseraufbruch in einwandfreie Verhältnisse bei den Werken unterzubringen, die jüngst etwa 67 1/2—70 1/2 Mark für die Tonne frei Bahnhöfen süddeutscher Verhältnisse bewilligten. Die Weltvertragsmöglichkeiten des süddeutschen Marktes seitens der Saar, Lothringens und Luxemburgs waren bei den erwiderten gedrückten Inlandpreisen nur sehr gering. Am süddeutschen Eisenmarkt besteht keine Aussicht nur etwas mehr Nachfrage nach Auslandsware, die immer noch in stattlichen Posten bei Hindernissen lauert. Prima Rohren konnten weder am Baumarkt, noch bei den verarbeitenden Industrien in größeren Quantitäten untergebracht werden. Im Handel mit Eisen war es ähnlich ruhig, weil ärderer Konsum fehlte. Ueberaus große Angebote der ersten Hand hätten wohl ähnliche Vertriebsmöglichkeiten für die Händler ergeben, diese wiesen aber vielfach für ihre Behände keinenehmer zu finden, sodass die Frage von Neuverhandlungen nur seltener in Betracht kommt. Ueber das Geschäft in Eisenwaren hörte man neuerdings etwas aufreuernde Berichte. Es hat namentlich das Geschäft in Leisen und Serden, wie immer um diese Zeit, etwas fröhlicher eingelebt.

Drahtmeldungen.

Die Fusionsfrage im Anilinkonzern.

hd Berlin, 15. September.

Die Verhandlungen der eine Interessengemeinschaft bildenden Farbenfabriken zwecks Vereinigung zu einer fusionierten Firma haben vorläufig dahin geführt, daß die Grundlagen der Fusions in einem Entwurf niedergelegt worden sind. Ueber die Art der Durchführung und den Zeitpunkt des Inkrafttretens einer etwaigen Fusions läßt sich zur Zeit noch nichts bestimmtes sagen. Dennoch ist die Frage prinzipiell gelöst und entschieden. Die kommende Zeit wird nunmehr die schwierigen Probleme der neuen Organisation der Vereinigung nach der wirtschaftlichen wie nach der verwaltungsmäßigen und finanziellen Seite hin zu lösen haben. Darüber wird voraussichtlich noch geraume Zeit vergehen, sobald es fraglich erscheint, ob noch im laufenden Jahre die Fusionsfrage zu Beschlüssen der Generalversammlungen heranreife wird.

Die Handelsorganisation Rußlands.

INS. Moskau, 15. Sept. (Eigener Nachrichten dienst der Badischen Presse.) Ein Dekret des Rates der Volkswirtschaftler beordert die Errichtung eines Unterausschusses des Obersten Konzeptionskomitees der Sowjetunion bei der Berliner Handelsvertretung. Dieser Unterausschuss erhält die Befugnis, wegen Konzeptionen nicht nur mit Deutschland, sondern mit Angehörigen aller anderen europäischen Staaten, mit Ausnahme Frankreichs zu verhandeln. Die Unterzeichnung des Konzeptionsvertrages bleibt dem Obersten Konzeptionskomitee in Moskau vorbehalten. Der Unterausschuss besteht aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern, die von der Sowjetunion als Vorsitzender des Obersten Konzeptionskomitees ernannt werden. Einer der Beisitzer wird von der Sowjetunion und dem Obersten Wirtschaftsrat gemeinsam ernannt werden. Den diplomatischen und Handelsvertretern der Sowjetunion in denjenigen europäischen Ländern, in dem kein Unterausschuss des Obersten Konzeptionskomitees besteht, ist es gestattet, unter Aufsicht des Berliner Unterausschusses Verhandlungen über Konzeptionen zu führen. Ein neuer Unterausschuss soll in London errichtet werden, seine Befugnisse werden sich aber nur auf Großbritannien und Irland, nicht auf die britischen Kolonien und die Dominions erstrecken.

Konstanz, 15. Sept.

Dieser Tage fand hier die Tagung der „Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft, Söhne, Söhne, Söhne“. Die Tagung war aus allen Teilen Deutschlands sehr zahlreich besucht. Die Verhandlungen wurden von dem Vorsitzenden der Genossenschaft, Fabrikant J. K. a. u. f. m. a. n. n., geleitet. Verwaltungsdirektor Dr. W. i. e. m. e. r., Mitglied des Reichstages Landtags, erstattete den Geschäftsbericht, wozu 4811 Betriebe mit 141 770 Beschäftigten der Genossenschaft angehören. An Umlagen wurden 1 277 746,42 Mark aus 153 843 306,38 Mark anrechnungsfähigen Löhnen bezahlt. Die Zahl der einschlägigen pflichtigen Unfälle belief sich auf 3676, darunter 315 aus dem Jahre 1924. Einen breiten Raum nahmen in den Beratungen die Unfallverhütungsmaßnahmen ein. Im Jahre 1925 wurden über 1520 Betriebe befristigt und eine große Anzahl Forderungen zur Verbesserung des Schutzes für die Arbeiterkraft getroffen. Die Tagung wurde mit einer gesellschaftlichen Veranstaltung und Ausflügen beschlossen.

Stuttgart, 15. Sept.

Das Urteil des Reichsgerichts, wonach die Kosmos A.-G. verpflichtet war, an die Steiger A.-G. die 1. St. erworbenen 25 000 Stück Aktien der letzteren gegen Rückzahlung des Kaufpreises auszuhandeln, ist nunmehr durchgeföhrt. Die Aktien sind bereits in dem Besitz der Steiger A.-G. übergegangen und die Gruppe Steiger hat nunmehr wieder die absolute Mehrheit. Man vertritt nun, das Erfolgs verprechende Unternehmen auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Steiger Verkaufs A.-G. in Stuttgart wird aufgelöst. Der Verkauf der Fahrzeuge wird direkt von der Fabrik erledigt. Auf 6. Oktober ist eine a. G. der Steiger Verkaufs A.-G. einberufen. Auf der Tagesordnung steht: 1.) Überführung eines Vorstandsmitgliedes. 2.) Überufen von 100 Mitgliedern. 3.) Verlegung des Sitzes der Gesellschaft nach Leupheim oder Ulm. 4.) Neubildung des W. 5. Aufsichtsrat der Gesellschaft. Gleichzeitig findet eine a. G. der Steiger A.-G. in Ulm statt und am 30. Oktober eine a. G. In dieser a. G. soll die längst erwartete Umstellung beschlossen werden. Der Vorstand schlägt vor, das Grundkapital auf 1 Million RM umzustellen und das reichliche Vertriebsvermögen von über 1 Million RM als Rücklage auszuweisen. Nachdem die Klärung der Machtverhältnisse erfolgt ist, sind für die Steiger A.-G. alle Hindernisse beseitigt, die bisher einer gesunden Entwicklung des Unternehmens im Wege standen.

Schwenningen, 12. September.

Die Aktiengesellschaft für drahtlose Telephonie, vormals Albert Schmidt-Schleier, Schwenningen a. R., hat auf Grund einer am 4. September 1925 abgeschlossenen Bilanz, welche eine erhebliche Ueberulidung anzeigt, beim hiesigen Amtsgericht Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt. Diefem Antrage wurde pferm stattgegeben.

München, 15. Sept.

Der Aufsichtsrat der Rhein-Main-Donau A.-G. hat nunmehr seine Zustimmung zur Aufnahme einer Auslandsanleihe von sechs Millionen Dollars erteilt. Bekanntlich haben sich Reich und Bayern bereit erklärt, die Bürgschaft für eine solche Anleihe zu übernehmen. Die bisherigen Verhandlungen läßen, wie es heißt, einen baldigen Abschluß erwarten.

Berlin, 4. September.

In der Aufsichtsratsitzung der Carl Wampe A.-G. Berlin wurde die vorgelegte Bilanz genehmigt. Es kommt eine kleine Dividende zur Ausschüttung, über die die G. R. am 26. Oktober beschließen wird. Der Vorstand berichtet, daß der Geschäftsgang befriedigend war, und daß besonders in den letzten Wochen die Umsätze eine erfreuliche Steigerung erfahren haben. Gegenüber dem Vorjahre ist der Umsatz vergrößert, freilich unter vermehrten Vertriebskosten.

Ueber das Vermögen der Hannoverischen Waggonfabrik A.-G. wurde am Samstag zur Abwendung des Konkurses die Geschäftsaufsicht angeordnet. Zu Geschäftsaufsichtspersonen wurden bestellt: Dr. Wolter und Direktor W. H. Brandt, Vorstandsmitglied der Niedersächsischen Wirtschafts-A. G. in Hannover.

Die auf 585 000 RM. umgestellte Leipziger Teilkonzernfabrik AG. Leipzig-Lindenau weist nach entsprechenden Abdrreibungen einen Reingewinn von 96 671 RM. aus, der zur Zahlung von je 10 Prozent Dividende auf die Stammaktien und die Aktien Lit. B verwendet werden soll, 16 994 RM. werden zur Zahlung „vertragsmäßiger Vergütungen“ verwendet und 21 777 RM. sollen vorgetragen werden. Der Auftragsbestand sichert auf einige Monate volle Beschäftigung. Die aus der letzten Kapitalerhöhung noch zu verwendenden Aktien von 2 730 000 RM. wurden bis auf einen Betrag von 40 000 RM. veräußert, die im Geschäftsjahr ebenfalls verkauft wurden. Der Erlös ist mit 52 810 RM. vorläufig auf Aktienverwertungskonto verbucht. In dem Bilanz stehen außerdem Vorräte mit 242 832 RM., Debitoren mit 211 861 RM., Kreditoren mit 192 518 RM. zu Buche. H. B. 25. Sept. Die Verwaltung der Bauanstalt für die Residenzstadt Dresden schlägt der am 7. Oktober stattfindenden S. B. die Verteilung von 5 Prozent Dividende vor.

Hartort Bergwerk und chemische Fabrik AG. in Gotha. Zu den seit einigen Tagen kursierenden Gerüchten, welche von einer Dividendenzahlung von 6 Prozent wiffen wollten, erfahren wir von dem A. R. nachfolgender Seite, daß vorläufig jedes Gerücht den Tatsachen voraussetzt. Innerhalb des A. R. sei man sich über den Abschluß noch nicht schlüssig geworden. Die entscheidende Sitzung dürfte kaum vor anfangs Oktober stattfinden.

Die Verwaltung der Fabr. Wilh. Kemp u. Co. AG. in Bendorf a. Rh. beantragt die Genehmigung zur Veräußerung des Unternehmens, sowie zum Beschluß eines Zwangsvergleichs, bei dem die Gläubiger mit 22 1/2 Prozent abgefunden werden.

Nach einer Warschauer Meldung des „Industrie-Kurier“ hat der Präsident der Bank Polaki angeordnet, daß neue Kredite vorläufig nicht vergeben werden und daß insbesondere ein Wechselkredit nicht mehr zugelassen wird. Auch die Prolongation fälliger Wechsel erfolgt nur, wenn nach genauer Nachprüfung ein allgemeines Interesse an der weiteren Kreditvergabe besteht.

Warschau, 15. Sept.

Mit dem 15. September ist der Zuderpreis in ganz Polen um 10 Zloty pro Sad erhöht worden.

Da die Forderungen der ostoberschlesischen Großindustrie nach finanzieller Kredithilfe nicht genehmigt werden, sind laut D. D. weitere beträchtliche Arbeiterentlassungen für die nächste Zeit angeklündigt. Wegen Mangel an Devisen, die sie abgeben sollen, bekommen die alten Industriewerke von der Bank Polaki überhaupt keinen Kredit.

Bei der Kynbiter Steinkohlengewerkschaft wird außer der Stilllegung der Kömmergrube auch die Einstellung des Betriebes auf der Emmagrube in Erwägung gezogen. Die ungünstige wirtschaftliche Lage der Gruben im Kynbiter Bezirk ist daraus zu ersehen, daß nach einer Meldung des D. D. eine Grubenverwaltung die letzte Lohnauszahlung zum Teil nur in Gutscheinen vornehmen konnte.

Bukarest, 14. September.

Der rumänische Ministerrat hat in seiner letzten Sitzung endgültig die Errichtung einer Flugzeugfabrik mit Mitwirkung der französischen Firmen Lorraine-Dietrich und Beriot beschlossen. Mit der Herstellung der Motoren wird sich die Firma Lorraine-Dietrich befassen, während die Luftschiffe von der Firma Beriot hergestellt werden sollen. Die neue Gesellschaft dürfte den Firmenwortlaut: „Rumänische Aeronaufische Gesellschaft“ tragen. Das Aktienkapital wird sich auf 120 Millionen Lei belaufen. Der Sitz der Gesellschaft ist Bukarest, die Fabrik wird in der Nähe von Kronstadt errichtet. Der Staat wird sich mit 15 Millionen Lei beteiligen, die Astra-Waggonbau AG. in Arad mit 50 Millionen Lei, die französische Gruppe ebenfalls mit 40 Millionen Lei, während 25 Millionen Lei zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt werden. Das Kriegsministerium garantiert der neuen Gesellschaft eine Bestellung von 100 Apparaten in den ersten 5 Jahren. Nach Ablauf dieser Zeit wird die Gesellschaft in ein privates Unternehmen umgewandelt werden.

INS. Newyork, 14. Sept. In dem Kampfe, welchen die Vereinigten Staaten gegen das britische Gummimonopol führen, richten sich die Hoffnungen der Amerikaner in erster Linie auf die Philippinen. Der Vizepräsident der amerikanischen Handelskammer auf den Philippinen, John W. Haußermann, nahm bei seiner Anwesenheit in Newyork Stellung zu einem kürzlich veröffentlichten Bericht des amerikanischen Handelsamtes, welcher das für die Gummierzugung auf den Philippinen in Frage kommende Land auf 1 500 000 Acres mit einer Durchschnittsproduktion von jährlich 70 000 Tonnen schätzte. Haußermann hält diesen Bericht für außerordentlich vorzüglich. Er beruft sich auf die Gutachten der obersten Beamten der Philippinen, Arthur R. Fisher, in Manila und dessen Vorgänger George T. Arden, welche der Ansicht sind, daß der Archipel nicht weniger als 7 Millionen Acres für die Gummiproduktion geeigneten Boden enthält. Auch die Vertreter großer Gummifabriken, welche sich zu ihrer Orientierung auf den Philippinen aufhielten, neigen dieser optimistischen Schätzung zu. Allein auf der Insel Mindanao befindet sich Gummiboden in Ausdehnung von 3 Millionen Acres. Jedenfalls ist die amerikanische Handelskammer auf den Philippinen jetzt überzeugt, daß die Inselgruppe den Gesamtbedarf der Vereinigten Staaten an Gummi zu decken vermöge. „Das beste Mittel“, meint Haußermann, „der gegenwärtigen Situation, die uns zwingt, den größten Teil unseres 300 Millionen Tonnen betragenden Jahresbedarfs an Rohgummi aus unter englischer Kontrolle stehenden Ländern zu beziehen, abzuheben, ist nicht Kritik an den Maßnahmen Englands, sondern die selbständige Gummierzugung unter eigener Flagge.“

Industrie und Handel.

Süddeutsche Metallwerke AG. in München. Die a. G. B. genehmigte den Jahresabschluss für den 30. Sept. 1924 und beschloß, den Verlust von 104 498 RM. aus der Umstellungsridlage, die 133 550 RM. beträgt, zu decken. Der Aufsichtsrat wurde neugewählt und besteht aus: Konrad Dibrich, Generaldirektor August Kurz, Freiherr v. König und Diplomataufmann Ludwig Zahner. Der Status der Gesellschaft weist nach Mitteilung der Verwaltung gegenwärtig einen Ueberflüß von etwa 200 000 RM. auf, so daß die Aktionäre im Falle einer Liquidation etwa 80 Prozent erhalten würden. Die Verwaltung ist jedoch der Ansicht, daß zur Zeit eine Liquidation nicht notwendig sei. Der Grundbesitz der Gesellschaft, der mit 400 000 RM. bewertet ist, soll abgeteilt werden. Die Veramtaltung beschloß ferner, die Firma in „Immobilien-Gesellschaft München-Süd“ umzuändern, und als Gegenstand des Unternehmens die Verwaltung und Verwertung des eigenen Grundbesitzes der Gesellschaft zu bestimmen.

Konkursnachrichten aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Karlsruhe. Abzurufen: H. — Ammelberr; W. — Bahltermin; W. — Prütznasterm; C. H. — Offener Anreiz mit Ammelberr; W. — Gläubigervereinsamlung; W. — Veraleichstermin.

Umlag: Schuchdt. Friz Söhr, Dffl. u. Af. 19. 9. Prft. 28. 9. — Bruchsal: Kfm. Karl Wilhelm Vipp, Dffl. u. Af. 20. 9. Prft. 26. 9. — Freiburg i. Br.: Cajetier Randoim Cengel, Af. 21. 9. G. B. u. Prft. 29. 9. — Mannheim: „Meha“, Motorenbetriebsstoffe und Delhandelsge. m. B. S. Dffl. u. Af. 10. 10. Prft. 22. 10. — Wolfach: Schlatier u. Co. W. Berr. aufgehoben. — Mannheim: AG. für Zigarettenfabrikation, Glauß, angeordnet. — Sinheim: Glanz, Kfm. Carl Wilhelm Senzler, Dffl. u. Af. 24. 9. G. B. u. Prft. 5. 10. — Konstanz: Buchtbl. Franz Kuenzer, G. B. u. Prft. 30. 9. — Säckingen: Gartner Emil Schlageter, W. Berr. mangels Masse eingestellt. — Lahr: Mairemeister August Spießberger, Af. 22. 9. G. B. u. Prft. 2. 10. — Heidelberg: Dr.-Ing. Emil August Habermehl, Glauß, beendet. — Habermeier-Harlan AG., Glauß, beendet. — Billingen: Witter u. Weisenberger, Glauß, aufgehoben. — Wiesloch: Kroß u. Cie u. Inhaber, Glauß, aufgehoben. — Erberg: Konsumverein für Hornberg und Umgegend, e. G. m. b. H. Dffl. u. Af. 3. 10. G. B. u. Prft. 17. 10.

Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart.

Stuttgart: Weinbl. Karl Luch, Af. 30. 9. G. B. 26. 9. Prft. 10. 10. — Befigheim: Suer u. Vogel, Zigarettenfabrik, Dffl. u. Af. 26. 9. G. B. u. Prft. 2. 10. — Heilbronn: Webr. Bopp, Adhakt, Friedrich und Robert Bopp, Dffl. u. Af. 23. 9. G. B. u. Prft. 30. 9. — Reutlingen: Karl Sauer, Kfm., Dffl. u. Af. 22. 9. G. B. u. Prft. 30. 9. — Nürtingen: Maschinenfabrikant Friz Falub, Dffl. u. Af. 25. 9. Prft. 3. 10. — Stuttgart: Werkführer Rudolf Winkler, Dffl. u. Af. 16. 9. G. B. u. Prft. 26. 9. — Geislingen: Steige, Kfm. Friedrich Ganzenhauer, Dipl.-Ing. Eugen Ganzenhuber, W. Berr. wegen Konkursverhältnisses eingestellt. — Stuttgart: Zigarettenfabrik Wallrath Co. AG., Glauß, angeordnet. — Waiblingen: Herdegbl. Robert Seibold, Af. 6. 10. G. B. u. Prft. 21. 10. — Waldsee: Schuchmachermeister Josef Banke, Dffl. u. Af. 24. 9. Prft. 2. 10. — Tübingen: Uhrenfabrik „Armetia“ AG., Glauß, angeordnet. — Feuchtlingen: Schneidermeister Carl Dörfler, Schlußiermit 26. 9. — Heilbronn: Kfm. Hermann Freyermuth, Bergl. 26. 9. — Urach: Henkel Linnege, Kfm. Notar Pfeifferler ist W. Berr. — Göppingen: Schuchfabrik J. Wenking, Glauß, beendet. — Nagold: Schuchmacher Friedrich Hensler jun., Glauß, angeordnet.

Allgemeiner deutscher Bankierstag.

* Berlin, 15. Sept. (Zuspruch.)

Der 8. allgemeine deutsche Bankierstag nahm heute vormittag seine eigentlichen Arbeiten auf. An den Reichskanzler wurde folgendes Telegramm gerichtet:

Für die freundliche und ehrenvolle Begrüßung des deutschen Bankiertages danken wir aufrichtig und ergebenst. Die von der Reichsregierung angestrebte Preislenkung auf allen Gebieten ist das Bankgewerbe im allgemeinen wie in seinem eigenen Interesse zu fördern bereit. Eine gründliche Prüfung der hierfür bestehenden Möglichkeiten wird der Bankierstag ebenso vornehmen wie eine Prüfung der keineswegs einfachen Beziehungen zwischen Kreditbewegungen und Warenpreisen.

Die Reihe der gehaltenen Vorträge wurde eingeleitet durch das Referat Oskar Wajsmanns, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, über das Thema:

„Notwendige Vorbereitungen für die Erfüllung der heutigen gesamtwirtschaftlichen Aufgaben des privaten Bankgewerbes.“

Die Hauptaufgabe des deutschen Bankgewerbes besteht in der Zeit der verarmten deutschen Wirtschaft das unumgängliche nötige flüssige Betriebskapital zu vermitteln. Dadurch, daß der gewährte Kredit in seiner Gesamtheit die Vorzieghöhe wieder erreicht hat, hat das Bankgeschäft quantitativ bereits Bewundernswertes geleistet — mit dem Endeffekt, daß wir uns heute in einer schweren Krise befinden, die wie immer das Ende einer falschen Wirtschaftsführung bedeutet. Diese Krise ist nicht die Folge einer Überproduktion, vielmehr ist sie begründet in den Gold- und Kreditverhältnissen. Es fehlt an langfristigen Krediten als annehmbarem Ersatz für das mangelnde Kapital. Die hohe Zinslast des allein erreichbaren kurzfristigen Kredites und die unerträgliche Steuerlast erzeugen Unrentabilität der Betriebe. Zur Behebung dieser Krise sind die kurzfristigen Schulden nach Möglichkeit zu langfristigen zu verwandeln, eine Steuerpolitik zu treiben, die sich von verständnisvoller Einsicht in die gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse leiten läßt, und zur Verbilligung der Produktion und Beringerung des Kreditbedarfs eine Kongruenz in Industrie und Handel zu schaffen. Bei der Kreditverteilung hat der Bankier sich von der Rücksicht auf die Notwendigkeit eines Kredites für die Gesamtwirtschaft leiten zu lassen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, muß der Bankier sich genau Einblick in alle Einzelheiten des Betriebes seiner Kunden verschaffen und wie früher sein Vertrauen sein. Dies ist aber nur möglich durch Wiederherstellung des Bankvertrauens. Da das zur Aufrechterhaltung der Betriebe und Vermehrung der Produktion erforderliche mobile Kapital zu einem guten Teil nur durch Veräußerung einiger Prozent unseres — vollständig immobilisierten — Vermögens an das Ausland zu beschaffen ist, hat das an der Lösung dieses Problems mitwirkende Bankgewerbe die Aufgabe, seine Rücksicht hinsichtlich der Auswahl und der Weise der Objekte zu beraten und bei der Beschaffung langfristiger — aus laufenden Ueberflüssen noch amortisierbarer — Darlehen die Interessen sowohl des ausländischen Geldgebers, als auch des inländischen Kreditnehmers zu wahren. Schließlich ist es noch Aufgabe des Bankiers, auf die Rationalisierung selbst lohnender Betriebe zur Minderung des Kreditbedarfs Einfluß zu nehmen.

Weitaus mehr als das Bankgewerbe aber kann zur Förderung der Kapitalbildung die Reichsregierung beitragen durch eine die Wirtschaftsgesetze beachtende Steuerpolitik. Wenn vor dem Kriege der Steuerbedarf sich auf 5 Milliarden, jetzt aber auf mehr als 11 Milliarden beläuft — in England nur 9,1 Milliarden Mark — wenn also auf den Kopf der Bevölkerung eine jährliche Steuerlast von 180 Mark kommt, zu denen sich noch für soziale Lasten weitere 25 Mark gesellen, so ist eine solche Belastung völlig untragbar und vor allem nicht erforderlich, denn die Einnahmen des Reiches übersteigen in Wirklichkeit die Ausgaben erheblich, so daß sich in öffentlichen Hand Riesensummen angesammelt haben und weiter anhäufen werden. Daß der größere Teil dieser Beträge der Wirtschaft zu übermäßigen Zinsfüßen — noch dazu in wenig wünschenswerter Verteilung — als kurzfristige Darlehen zur Verfügung gestellt wird, ist ein zwar großer, aber erst in zweiter Linie zu rühmendes Uebel. Das Kapitalprobleme ist, daß derartige Summen der kapitalarmen Wirtschaft überhaupt entzogen werden. Bei der vierteljährlichen Steuer- und Zinszahlung und der noch kürzeren Abrechnung der Umsatze überläßt sich rasch feststellen, ob die Erträge den Voranschlag übersteigen oder hinter ihm zurückbleiben. Es bedarf nur eines entsprechenden Gewichtes, um bei Ueberflüssen eine Ermäßigung der nächsten Quartalszahlung herbeizuführen. Außerdem muß die Budgetsumme in Ausgabe und demgemäß in Einnahme ganz außerordentlich ermäßigt werden, beträgt doch die Steuerumme von mehr als 11 Milliarden erheblich mehr, als $\frac{1}{2}$ des jetzigen starkverringerten gesamten Volkseinkommens, das für 1913 von Dr. Luthy auf 37 1/2 Milliarden berechnet wurde. Des weiteren trägt die Ansammlung von 600 Millionen im Postfachverkehr und von 900 Millionen, die die Reichsbahn als Jahresüberschuß errechnet hat, sowie die bisherige Art der Verwendung dieser Riesensummen sehr viel zur Warenverknappung bei.

Dem Produktionsprozeß sind diese Gelder wegen ihrer Kurzfristigkeit nur in sehr geringem Maße dienlich zu machen. Zugute kommen diese Gelder im wesentlichen dem Disconto- und Warenhandel und ermöglichen in diesen Fällen das Durchhalten von Lagerbeständen, die sonst abgefließen werden müßten. Wir müssen fordern, daß diese ganzen Summen, soweit sie nicht für die Kapitalbildung und den nötigen Kredit sind und daher liquid gehalten werden müssen, der Wirtschaft ganz anders nutzbar gemacht werden als bisher. Die Forderung, die wir hier stellen, ist nicht Forderung des Bankgewerbes; es ist Forderung der deutschen Wirtschaft. Sie kann nur erfüllt werden, wenn überall in Deutschland bei der Regierung und im Volke die Ueberzeugung durchdringt, daß unter den heutigen Verhältnissen nicht nur die Erhaltung unserer Wirtschaft, sondern ihre Förderung und Entwicklung das Notwendige, das Notwendigste ist, das alleinige Ziel der Staatspolitik und des Volkswirtschaftens sein muß, dem alles andere untergeordnet ist. Aus Krieg, Zusammenbruch und aus der Inflation ist unsere Wirtschaft mit Wunden bedeckt, aber noch immer kräftig und widerstandsfähig übergeblieben. Man kann durch Handlungen und Unterlassungen die Wirtschaft verarmen lassen, wird aber dadurch anderen nicht zur Hilfe verhelfen können. Wäre der Wirtschaft dagegen beschränkt.

Auch das Bankgewerbe macht diese gesamtwirtschaftlichen Betrachtungsweise zu ihrer eigenen. Mag unter den allzu zahlreichen auf etwa 5000 zu schätzenden Bankbetrieben der eine oder der andere sich als unerwünschtes Element erweisen, das schneidenden ausmerzen ist, indem man Verantwortlichkeitsgefühl nicht absprennen darf. Die notwendigen Vorbereitungen für die Erfüllung der heutigen gesamtwirtschaftlichen Aufgaben des privaten Bankgewerbes müssen zu einem sehr großen Teil von der Regierung und den anderen öffentlichen Gewalten, zu einem weiteren Teile von den wirtschaftlichen Erwerbsständen und zum letzten und nichtgeringsten Teile von den Bankierständen selbst erfüllt werden. Zu den notwendigen Vorbereitungen, die nur vom Bankier selbst abhängen, gehört auch ein gesunder Optimismus. Optimismus, nicht Kritikalität, aber Glaube an die Zukunft und Arbeit an der Zukunft. Eines aber, das Wichtigste, braucht das Bankgewerbe zur Erfüllung seiner Aufgaben vom ganzen Volke: Vertrauen!

Über dasselbe Thema sprach als zweiter Berichterstatter Karl L. Pfeiffer, in Fa. L. Pfeiffer, Kassel. Der Berichterstatter erörtert die Verwendung der öffentlichen Gelder und das Bankieren der öffentlichen kommunalen Banken. Zwar ist eine zentrale Zusammenfassung der Gelder der Reichsfinanzverwaltung, der Reichspost und der Reichsbahn versucht worden, es ist aber noch nicht festgestellt, daß diese Gelder zu niedrigen Zinsen der Wirtschaft zufließen. Die Gewährung in einem kommunalen Bankwesen kann nur dadurch herbeigeführt werden, daß die Sparkassen und die Stadt- und Kreisbanken sich wieder des Hypothekendarlehens annehmen und sich unter grundähnlichem Vorbehalt auf Pfandkredite im Personal- und Kreditbereich beschränken. Die Girozentralen müßten sich gleichfalls aus dem Kundentätigkeitsbereich zurückziehen und ihre Mittel in Wechseln anlegen

oder an Staatsbanken ausleihen. Wird der Weg, den wir weisen, beschritten, dann werden die Sparkassen in ihrer veränderten Gestalt zusammen, mit den anderen kommunalen Instituten, die Stellung in dem deutschen Bankorganismus finden, die für sie gegeben ist. Dann wird die Gefahr für den Geldmarkt, die sie heute bedeuten, beseitigt sein. Dann werden sie auf ihrem Gebiet in hohem Maße befruchtend auf die deutsche Wirtschaft wirken.

An die Referate von Wajsmann und Pfeiffer in der heutigen Vormittagsitzung schloß sich eine lange Aussprache, in der der preussische Staatsbankpräsident Schröder zunächst die Vorwürfe zurückwies, als ob in öffentlicher Hand zuviel Gelder gehalten worden seien. Dr. Kleiner vom deutschen Sparkassen- und Giroverband lehnte die Angriffe gegen die Sparkassen- und Girozentrale ab. Es sei selbstverständliche Pflicht der öffentlich-rechtlichen Geldinstitute, die von der Reichsbank verfolgte Politik der Zinslenkung mitzumachen. Der Redner kritisierte dann ebenfalls die Kreditpolitik der Sparkassen, die in Zukunft davon absteigen müßten, größere Industriedarlehen zu geben. Nach weiterer Aussprache und kurzen Schlussworten an den Referenten wurde einstimmig eine

Entschließung

angenommen, in der es heißt, daß die wesentlichen Hindernisse für die Erfüllung der großen Aufgaben des Bankgewerbes in der Kapitalarmut der Wirtschaft, in Mängeln der Organisation und des Verfahrens der Kapitalversorgung und Kreditverteilung liegen. Es wird bedauert, daß das Bankgeheimnis noch nicht wieder eingeführt worden sei. Bei der Kreditverteilung müsse auch von Seiten mehr als bisher zwischen Krediten zu volkswirtschaftlich notwendigen und volkswirtschaftlich entbehrlichen Zwecken unterschieden werden. Gefordert werden weitere Verminderung der Handlungskosten im Bankgewerbe und Einschränkung der großen Zahl der vorhandenen Wechselbanker. Der wesentliche Grund der heutigen Kreditverknappung liege in dem Mißverhältnis zwischen Kapitalnachfrage und Kapitalangebot, sowie in den Kreditbeschränkungen der Reichsbank.

In der Nachmittagsitzung sprach zunächst über das Thema:

„Die deutsche Währung vor und nach der Stabilisierung“ Franz Urbig, Geschäftsinhaber der Discontogesellschaft Berlin. Er fasste den gegenwärtigen Zustand und die Grundlagen unserer Währung in folgenden Sätzen zusammen:

1. Wir haben seit dem 30. 8. 1924 die Goldwährung ohne Goldzirkulation. Repräsentant dieser Währung ist eine Reichsbanknote, deren Einlösbarkeit gegen Gold oder Devisen erst noch erklärt werden muß. Bis dahin muß der innere Wert dieser Reichsbanknote durch die im Statut und Bankgesetz verankerte Deckung, der äußere Wert aber durch den Ausgleich der Devisenbilanz gewährleistet werden, wie dies auch bei der Rentenbank notwendig war.

2. Der Ausgleich der Devisenbilanz ist auf die Dauer nicht durch ausländische Kredite herzustellen, weil diese Kredite letzten Endes durch Verzinsung und Rückzahlung den Bedarf an Devisen steigern. Der Ausgleich muß deshalb in der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz gefunden werden, die bis auf einzelne, der ausschlaggebenden Bedeutung entridende Beträge übereinstimmen. Beide Bilanzen müssen jedoch einen Ueberschuß zu Gunsten Deutschlands ergeben, wenn der Begehr nach Devisen durch ein entsprechendes Angebot gedeckt werden soll.

3. Die von der Reichsbank geleibte, zum Zwecke der neuen Währung unerlässliche, einer Einengung der Geldumlaufmittel gleichkommende Kreditbeschränkung findet in dem Mindestbedürfnis von Handel und Verkehr ihre natürliche Grenze. Eine solche Beschränkung kann, ähnlich einer klaren Discontierhöhung, vorhandene Devisen herauslocken, sie kann aber zur Zeit bei uns neue Devisen nur erzeugen, wenn sie eine erhebliche und unmittelbare Senkung der Preise und damit ein verbilligtes Angebot deutscher Erzeugnisse im Ausland hervorruft.

4. Solange die Weltmärkte für die Aufnahme einer gesteigerten Industrie-Produktion nicht befähigt sind, muß ein Ausgleich der Handels- und Zahlungsbilanz angestrebt werden a) durch Förderung der Ausfuhr deutscher Rohstoffe, b) durch vermehrte Herstellung von Qualitäts-Erzeugnissen, die im Ausland begehrt werden, c) durch Hebung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung mit allen verfügbaren Mitteln, unter Ausschaltung aller Tendenzen, welche unter dem Scheinbar wohl klingenden Namen einer Agrarreform die Verkleinerung der bestehenden Ueberschuß-Ländereien zum Ziele haben, d) durch Einschränkung der sichtbaren und unsichtbaren Einfuhr entbehrlicher Waren und Günisse in den Grenzen allerdings, die für ein Industrieland wie Deutschland durch die Notwendigkeit internationalen Warenanstoßes gezogen sind.

5. Die zunehmende Verschuldung Europas gegenüber Amerika wächst langsam aber unaufhörlich zu einem Währungsproblem von außerordentlicher Bedeutung an. Es türmt sich hier eine Zukunftsaufgabe auf, die, je enger sie wird, sich desto mehr von ihrer Lösung zu entfernen scheint. Amerika hat seine Unabhängigkeit von Europa durch gewaltige Zollmauern bis zur Vollendung ausgebaut, während die Abhängigkeit der Länder Europas von den amerikanischen Rohstoffen und Erzeugnissen sich nicht vermindert, der Druck dieser Abhängigkeit sich vielmehr gesteigert hat durch die in Amerika andauernde Geld-Inflation und die daraus unmittelbar entstandene, sich vermittelnd noch fortlebende Steigerung aller Preise. Wenn schon das mit reichen eigenen Rohstoffgebieten tropischer und subtropischer Art begabte England durch Herstellung kostspieliger Anlagen im Süden eine größere Unabhängigkeit von amerikanischen Baumwollmärkten anstrebt, so darf dem um keine Ernährung, also keine Existenz, kampfenden Deutschland nicht die Gelegenheit entzogen werden, in geeigneten überseeischen Ländern mit eigenen Kräften und mit eigenem Gelde die Gewinnung solcher Rohstoffe anzustreben, für die es neben seinen sonstigen Bedürfnissen und neben seiner großen Belastung mit Reparationszahlungen den steigenden Kaufpreis in amerikanischen Valuta auf die Dauer kaum wird aufbringen können.

6. Der Aufwertungsbezugung darf bei uns kein weiterer Spielraum gelassen werden. Parlament, Öffentlichkeit und Rechtsprechung müssen sich auf den endgültigen Abschluß dieser Bewegung einstellen. Denn die Aufwertung von Forderungen, soweit sie nicht auf Realitäten beruhen, die keine Erstattungsbedingung durch das Reparations-Abskommen erhalten haben, trägt unerkennbare Zeichen einer Schöpfung künstlicher Kaufkraft, deren schädliche Wirkung auf den Währungsstand wir in der Vergangenheit erfahren haben.

7. Deutschland ist darauf angewiesen, als Käufer und Verkäufer von Waren im Weltmarkt aufzutreten und muß dabei mit den besten Mitteln operieren. Zu den besten Mitteln zählen Qualitätsprinzip, Vertragstreue und gute Währung. Als Währung gilt nach der heutigen Weltanschauung die gefestigte Goldwährung. Keine Maßnahme mit dem Ziele einer Produktionsförderung darf hart erscheinen, keine notwendige Ermäßigung der öffentlichen Lasten darf als unzulässig verstanden werden, keine angemessene Forderung auf dem Gebiete der Arbeitsleistung, sei es nach Zeitumfang oder Intensität, darf unerfüllt bleiben, wenn es sich darum handelt, den Boden zu befeuchten auf dem unsere wie jede Währung ruhen muß: einer mit Ueberschuß abschließenden, mindestens aber ausgeglichenen Zahlungsbilanz. Von allen Kapitalreferenten entschlössen, können wir dies nur durch produktive Arbeit und sparsame Wirtschaft erreichen.

Über dasselbe Thema referierte Dr. jur. et phil. L. Albert Hahn, Vorstandsmitglied der Deutschen Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M., den wichtigsten Satz der von Ricardo begründeten sog. Quantitätstheorie voran: Das einzige Mittel, den Wert einer Währung zu regulieren, besteht in der Regulierung der Geldquantität des Landes mittels Ausdehnung und Zusammenziehung der von der Notenbank gewährten Kredite. Die wichtige Frage der sog. „Goldpolitik“ ist durch das uns anzuverwendende Bankgesetz bis zu einem gewissen Grade erledigt. Ueber die vorgeschriebene Deckung hinaus ist jedoch die Ansammlung jeden Kilos Goldes und ebenso die

„Vergoldung“ des inneren Verkehrs ein bei unserer Armut unbedingt zu vermeidender Luxus, denn die Aufrechterhaltung der Parität unter den Goldwährungsändern wird durch andere Mittel gesichert. Von großer Bedeutung ist das Problem der „Kreditrationierung“, ohne die die Reichsbank nicht auskommen zu können glaubt. Wie wohl theoretisch die Erhöhung des Diskonts in gleicher Weise wirken würde und das System der Kreditrationierung das Wechselportefeuille der Banken in Mittel unzuverlässiger Liquidität verwandelt, so daß dieses System schließlich nur als Uebergangsmäßnahme zu betrachten ist, kann im gegenwärtigen Zeitpunkt einer Lockerung oder gar Beseitigung dieser Kreditrestriktion nicht das Wort geredet werden.

Wichtige Fragen werden austauschen, sobald die Aufbringung der großen, für die Zahlung der Reparationslasten erforderlichen Devisenlasten (Transferproblem) notwendig wird. Der notwendigerweise erforderlich werdende Masseneport müßte ohne wesentlichen Inflationsdruck vor sich gehen. Vom Ausland zur Abwehr unseres Exports etwa getroffene Maßnahmen durch dauernden Inflationsdruck zu kompensieren, liegt nicht im Sinne des Dawes-Vertrages und ist von uns abzulehnen.

Bei aller Wichtigkeit treten die genannten Fragen jedoch zurück vor einem anderen Problemkomplex, nämlich den Beziehungen der Währungspolitik zum Konjunkturablauf. Hierbei ist zunächst festzustellen, daß unsere Konjunkturpolitik grundsätzlich die Wege der internationalen, insbesondere der englischen und nordamerikanischen Wirtschaftspolitik zu geben haben wird. Deshalb ist es nötig, unsere Aufmerksamkeit den von uns noch wenig beachteten gewandelten wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Anschauungen des Auslandes zuzuwenden. Man ist nämlich zu der Ueberzeugung gelangt, daß Konjunkturen bis auf praktisch belanglose Reste aus der Welt geschafft werden können, und zwar mit Hilfe der Diskontpolitik. Angehts der Schädigungen des Wirtschaftslebens durch die Konjunkturschwüngen wird gefordert, daß diese Beeinflussung auch tatsächlich geschieht; mit anderen Worten, es wird die Konjunkturpolitik als möglich und als notwendig bezeichnet. In einer solchen Wirtschaft gäbe es keine Konjunkturgewinne oder -verluste; der kaufmännisch orientierte Industrielle wird sich dort in einen in der Hauptsache technisch orientierten Unternehmer zurückverwandeln. Doch solange noch Konjunkturen bestehen, ist es unsere Aufgabe unsere nationale Konjunkturpolitik mit der internationalen in Einklang zu bringen.

Unsere Wirtschaft steht in einer schweren Krise, die mit Recht als Stabilisierungsphase bezeichnet wird.

Am den Konjunkturverlauf in der Zeit der Stabilisierung zu verfolgen, ist zunächst darauf hinzuweisen, daß außer der Größe des Zahlungsmittelumschlages auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes auf die Kaufkraft bestimmend einwirkt.

So kam es in der ersten Periode, im November 1923, zu typisch deflationistischen Erscheinungen; es traten Abschaltungen auf und die Preise fielen, weil die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes von einem bisherigen raschen Tempo sich rascher ermäßigte, als der Umlauf der Rentenmark sich vermehrte.

Im Januar 1924 stieg das Preisniveau, weil die neuen Zahlungsmittel jetzt schneller in den Verkehr flossen als die Umlaufgeschwindigkeit zurückging, so daß eine zusätzliche Kaufkraft geschaffen wurde. Die 3. Periode, in der wir uns jetzt noch befinden, ist wesentlich schwieriger zu deuten. Trotz Rückschüngen mit Depressionserscheinungen zeigen sich deutliche Auftriebstendenzen, welche sich insbesondere in der Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus äußern. Da nun der Geldumlauf seit Mai 1924 sich um 2 Milliarden Mark vermehrt hat, ohne daß die Umlaufgeschwindigkeit sich entsprechend verringert hat oder das Handelsvolumen acunten ist, leuchtet ohne weiteres ein, daß die Reichsbank zur Milderung der Depression bis an die äußerste Grenze, die der Gang der Währung noch gestattet, gegangen ist, so sehr dieses Ergebnis auch dem Interesse von Handel und Industrie und auch dem Interesse der Bankwelt zuwiderläuft. Sachgemäß sind nun der Reichsbank während der ersten Hälfte dieses Jahres ca. 300 Millionen Mark an Devisen entzogen worden. Für die Währung ist dies ohne Bedeutung, da die gleiche Summe Noten zur Reichsbank zurückkehrte. Da aber — vom rein praktischen Standpunkt — der gegenwärtige Geld- und Devisenbestand der Reichsbank unter allen Umständen zu konzentrieren ist, so muß jetzt die Zurückbildung des Preisniveaus erzwingende Politik getrieben werden. So hat es daher auch für die Bankwelt und deren Kundenschaft sein mag, sie wird die Restriktionspolitik der Reichsbank nur gutheißen müssen. Wellecht genügt allerdings schon die Drohung der Vermehrung der Umlaufmittel.

Es darf allerdings nicht verkannt werden, daß der Wiederaufbau des Preisniveaus sich nur dann durch Druck auf die Umlaufmittel reibungslos vollziehen würde, wenn die Preise lediglich durch das freie Spiel der Kräfte gebildet würden. Preisbestimmungen durch Kartelle, Festsetzung der Löhne und Gehälter durch Tarifverträge, vor allem die Starr und ohne Rücksicht auf die Produktionsverhältnisse fixierten Abgaben an den Staat sind beachtenswerte Hemmnisse natürlicher Preisbildung. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Preisbestimmung der Regierung zu begrüßen, wenn sie dem freien Spiel der Kräfte und dem Geleis von Angebot und Nachfrage sein Recht verschaffen will. Doch muß hierbei vor Missionen gewarnt werden. Die Ansicht, daß eine Verteuerung der Kredite vertuernd auf das Preisniveau wirkt, ist wissenschaftlich nicht haltbar. Hohe Zinsen bewirken zwar die Unrentabilität mancher Betriebe, allgemeinerwirtschaftlich aber die Lockerung der Warenbestände und eine Tendenz der Preislenkung. Nur ein auf natürliche Insemmäßigung im Wege der Einschränkung der Kapitalnachfrage und der Vermehrung des Kapitalangebotes gerichtete Politik kann hier von Nutzen sein. Der Staat braucht nur damit zu beginnen, gewissermaßen vor der eigenen Tür zu kehren und mit allem Aufzuräumen, was sich nicht mit den Grundrissen anerkannter Sparpolitik vereinbaren läßt. Ein beträchtlicher Teil des Kapitalbestandes ist durch die Begünstigung des Kapitals und die Benutzung der weggekehrten Mittel zu mehr oder minder unproduktiven Zwecken bedingt. Im übrigen warnen Beispiele aus der Vergangenheit, im Gegensatz zur Lage des offenen Kapital- und Geldmarktes künstliche Zinsfüße schaffen zu wollen. Das Ziel, das sich die deutsche Wirtschaft setzen muß, ist Steigerung der Produktivität durch Rationalisierung der Arbeit, Verwendung einer geringeren Arbeitsmenge zur Herstellung des gleichen Arbeitsproduktes. Während des Krieges und bis in die Nachkriegszeit hinein sind dem deutschen Volke von seinen Gegnern so gut wie alle Fähigkeiten abgesprochen worden. Nur die eine hat sich allgemeiner Anerkennung erfreut: die Fähigkeit zur Organisation. Auf Grund dieser Fähigkeit wird und muß es dem deutschen Volke gelingen, den Ertrag seiner Arbeit so zu steigern, daß trotz aller Verluste allen Klassen ein der Kulturböhe des deutschen Volkes entsprechender Lebensstandard gewährleistet wird.

In der Diskussion hob Max Warburg hervor, daß die Bankiers die ganze wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit vorausgesehen hätten. Man könne den weiteren Schwierigkeiten gestopft ins Auge sehen, denn man sei zum Optimismus berechtigt. Darauf fand eine Entschließung einstimmige Annahme, in der der Bankierstag den von der Reichsbank zum Schutze der Währung durchgeführten Maßnahmen zustimmt. Damit fanden die heutigen Verhandlungen ihren Abschluß.

Am Abend fand für die Teilnehmer der Tagung ein Empfang in den Räumen der Börse statt. Der Präsident des Industrie- und Handelsrates, Franz von Wendt-Islohn, begrüßte die Erschienenen. Für die auswärtigen Teilnehmer sprach Max Warburg.

Die britische Handelsbilanz im August. Im August d. Js. belief sich die Gesamteinfuhr Großbritanniens auf 91 750 000 Pfd. Sterl., das sind 10 1/2 Mill. Pfd. Sterl. weniger als im August vorigen Jahres. Die Gesamteinfuhr betrug 74 1/2 Mill. Pfd. Sterl. oder 1/2 Mill. Pfd. Sterl. weniger als im August 1924. Die Passivität der Handelsbilanz für einen Monat ist die geringste seit Juni 1924. Auf der Einfuhrseite entfällt der Hauptrückgang der Einfuhr auf Getreide wegen der geringen argentinischen Verschiffungen und auf Seidenwaren und Automobile wegen der neuen Zölle. Die Ausfuhr zeigt einen starken Rückgang vor allem bei Rohle, Baumwolle und Holzwaren, sowie Wasserfahrzeugen; der Export von Automobilen ist gestiegen. Der Gesamtwert der Ausfuhr in den ersten 8 Monaten d. Js. wird auf 6 Mill. Pfd. Sterl. herabzueck gegenüber einer Automobilausfuhr weniger als 4 Mill. Pfd. Sterl. im 1924.

GROSSER HERBST-VERKAUF

BESONDERS VORTEILHAFTE ANGEBOTE

Seide und Sammet

Damassé	ca. 80/85 cm br. seidene reiche Ware f. Jacken	3.50
Waschseide	reine Seide, ca. 85/100 cm breit, in schönen Pastellfarben, für Kleider und Wäsche	3.75
Lampenschirmseide	reine Seide, ca. 90 cm breit, großes Sortiment in allen Farben	4.50
Eolienne	ca. 100 cm breit, moderne Farben, für Straßen- und Tanzkleider	5.90
Rohseide	reine Seide, schöne gedeckte Kleiderstoffe	7.50
Chinakrepp	ca. 90 cm breit, reine Seide, großes Farbensortiment	7.50
Messaline	reine Seide, ca. 85 cm breit, in Kleiderware, in vielen Farben	7.90
Taffet	reine Seide, einfarbig, ca. 85 cm breit, für Stüt- und Gesellschaftskleider	8.50
Ramagé	ca. 100 cm breit, sehr preiswert für Gesellschaftskleider	10.80
Crêpe Georgette	reine Seide, ca. 100 cm breit, die große Mode für Abendkleider	11.50
Cachemire	reine Seide, ca. 100 cm breit, elegant liegendes Gewebe, für Kleider	12.50
Velour-Grain	ca. 90 cm breit, reine Seide, besonders strapazierfähig für Nachmittags- und Abendkleider	14.50
Charmeuse	reine Seide, ca. 100 cm breit, in gediegenen Farben, für Gesellschaftskleider	15.00
Cord-Samt	ca. 70 cm breit, gute Strapazierware f. Herren- u. Knaben-Anzüge	3.00
Rippensamt	ca. 70 cm breit, indanthrenfarbig, in großer Auswahl, für Kleider	4.50
Cöper-Velvet	ca. 90 cm breit, schwarz, prima floriste Kleiderware	10.50
Velour-Chiffon	ca. 90 cm breit, in schönen Abendfarben für Gesellschaftskleider	16.50

Fellstoffe imit.

Krimmer	ca. 125 cm breit, für Jacken und Besätze, schwarz und mode	10.50
Persianer	ca. 125 cm breit, schwarz und braun-grau	16.00
Lamafell	ca. 125 cm breit, grau, mode	16.50
Otter	ca. 125 cm breit	17.50
Fohlen	ca. 125 cm breit	19.50
Krimmer	mollert, ca. 125 cm breit	22.00
Tibetkatze	ca. 125 cm breit	24.00
Seal-Plüsch	ca. 125 cm br. für eleg. Jacken u. Mäntel	25.00

Futterstoffe

Satin	einfarbig, in allen Farben	1.75
Foulardine	einfarbig und gemustert, m. schönem Seidenglanz	2.50
Serge	ca. 140 cm breit, für Herrenfutter, schwarz und grau	2.90
Serge	ca. 140 cm breit, für Jacken- u. Mantelfutter, gute Strapazierware	3.20
Damassé	ca. 140 cm breit, la Qualität	3.90
Wollserge	für Herrenfutter, schwarz und farbig	4.00
Zanella	ca. 140 cm breit, la Qualität, für Herrenfutter	6.00

Kleiderstoffe

Streifen	ca. 70 cm breit, welche, schöne Qualität für Kleider und Blusen	1.25
Schotten u. Streifen	ca. 100 cm breit, reich Auswahl	1.90
Foulé-Tuch	ca. 70 cm breit, in schönen Farbtönen	2.60
Popeline	doppel breit, reine Wolle, gute Kleiderware	2.75
Cheviot	reine Wolle, ca. 90 cm breit, schwarz und marine, für Kleider u. Kostüme	2.90
Gabardine	ca. 130 cm breit, gute Kostüm- und Kleiderware, reine Wolle	4.50
Schotten u. Streifen	reine Wolle, ca. 100 cm br. schöne Auswahl	4.75
Serge	ca. 100 cm breit, prima Kleiderware, in vielen modernen Farben	4.90
Marocaine	ca. 100 cm breit, reine Wolle, große Farbensortimente	4.90
Kleidervelour	ca. 100 cm breit, aparte Streifen	4.90
Marocaine	ca. 130 cm breit, la Kostümware	5.75
Kostüinstoff	reine Wolle, ca. 130 cm breit, in engl. Geschmack	5.90
Tuch	reine Wolle, ca. 130 cm breit, gute Kleiderware	7.50
Velour Mouliné	reine Wolle, ca. 130 cm breit, beliebte Herbstfarben f. Mäntel und Kostüme	7.50
Ulsterstoffe	ca. 140 cm breit, schwere Qualität für Damen- und Herren-Mäntel	7.50
Zibeline u. K'garn-Schotten	ca. 130 cm br. reine Wolle	7.90
Velour de laine	ca. 130 cm breit, uni, prima Mantelware	8.50
Rips	reine Wolle, ca. 130 cm breit, in Qualität für Jackenkleider und Mäntel	8.75
Cotelé-Velour	ca. 120 cm br. reine Wolle, letzte Neuheit f. Kostüme u. Mäntel	14.00
Velour-Ottoman	das beste an Qualität f. Mäntel	19.50

TIETZ

Achtung! Wegen Achtung!

Saison-Ausverkauf

bis auf Weiteres: 818732

Herrenjahrräder kompl. von 85 Mk. an

Damenjahrräder kompl. von 95 Mk. an

mit 2 Jahre Garantie

Reifen 2 Mk., Pedale 2.20 Mk., Schläuche 1.50 Mk., Mäntel 3.50 Mk. sowie sämtliche Ersatzteile und Reparaturen.

Prima Damen- und Herrenjahrräder auf Teilzahlung!

Zähringerstr. 46 **Kunzmann**, Zähringerstr. 46

300 Mark Belohnung!

Am 14. September, abends, sind aus einem Zimmer eines hiesigen Hotels folgende Schmuckstücke gestohlen worden:

- 1 Platin-Armband mit Brillanten (mit graueisenerm Ringband)
- 1 lange Platinnadel mit Brillanten
- 1 lange imit. Perlenkette
- 1 Paar Ohringe (imit. Smaragden).

Für Wiederbeschaffung dieser Gegenstände vorlieb. Belohn. bezw. Teilbetrag. Spedition. Mitteilung an Kriminalpolizei Karlsruhe oder an Hlo. Odenstein & Wogler, Karlsruhe unt. R. G. 309. Diskretion zugesichert. 818080

Wirtschaft

im Zentrum der Stadt zu **besten** Preisen

Angebote unter R. 32 an **Tietz's** Werbedüro, Seilbrunn a. N.

Die Zuckerkrankheit

und ihre Hausbehandlung auf Grund jahrzehntelanger Erfahrung. Ausf. Broschüre kostenfrei. A3020

Dr. Caspary & Co. Berlin-Wilmersdorf 11.

wo? kauft man **PELZE** HÜTE / JACKEN zu billigen Preisen? Nur **Zirkel 32** Eine gebrauchte, guter. **W. Lehmann.** Keine Ladenmiete. 1 Treppe hoch Ecke Ritterstraße

Immobilien

Hofgütle

mit 1000 m² bebauter Hofeigenen, sofort bei 8-10.000 Mk. Anzahl von 2000 Mk. abzugeben. Richard Gumpert, Zähringerstr. 46.

Einfamilienhaus

im Neubau erstellt, mit 5 Zimmern, elektr. Licht, Bad, Kamin, ca. 1200 m² Garten mit gärtnerischen Anlagen. Abzugeben zu verkaufen. Preis 12.000 Mk. Richard Gumpert, Zähringerstr. 46.

Schuh-Geschäft

rentables, mit 2 mittl. Schaufenstern, ist wegen Krankheit sofort zu verkaufen, hier am Platz. Angeb. unt. Rr. 818199 an die Badische Presse.

Personen-Aufo

3-4-Zöher, neuestes Modell, in tadellosem Zustand, gegen Kauf mit 2000 Mk. Anzahlung zu verkaufen. Angeb. unt. Rr. 818199 an die Badische Presse.

Hobel-Bank

zu kaufen gesucht. Angeb. unt. Rr. 17321 an die Badische Presse.

irisch. Ofen

zu kaufen gesucht. Angeb. unt. Rr. 818210 an die Badische Presse.

Estrichmaschine

für feines Garn zu kaufen gesucht. Angeb. unt. Rr. 818203 an die Badische Presse.

Hervorragende Erfindung.

Wert der Eisenbranche mit guter Spezialfabrikation ist vorwiegend mit wertvollen Maschinen zu verkaufen. Kroatianische mit 4 PS. vorhanden. Verkaufpreis 24.000,- Mk. entl. direkt Abh. mit 6000 Mk. Teilhaber Angebote unt. Rr. 818048 an die Bad. Presse

Für Wäsche-Geschäfte!

Herren-Wäsche

mod. prima Fertigkeiten zc. **überst. preiswert abzugeben.** Entl. Sachverständigenprüfung Angebote u. Rr. 818179 an die Bad. Presse

Werkst.-Fenst.

16787 Markgrafentstr. 19 zu kaufen gesucht mit Winterüberzieher, Grad und Anzüge. Angeb. an Vogel, Derrrenstr. 24, 1. Etzwe. 818776

! Kaufe !

netz. Kleider, Schuhe zc.

Stüber,

16787 Markgrafentstr. 19 zu kaufen gesucht mit Winterüberzieher, Grad und Anzüge. Angeb. an Vogel, Derrrenstr. 24, 1. Etzwe. 818776

Wijamjache

schweds Herrenkleid-Angebote zu kauf. ges. Angeb. unt. 818202 an die Bad. Presse

Zu verkaufen

Drehbank

Stählehöhe 250, Spindelweite 1020, Gev. m. Borlagege ca. 1900 Mk. zu verkaufen. Anfragen befördert unter Rr. 17287 die Bad. Presse.

Schneidmaschine, komplett, Herd und Gasherd, sowie ein Schränkchen billig zu verkaufen. Derrrenstr. 24, 1. Etzwe. 818397 Diplomaten-Schreibtisch in Auftr. auf Verkauf. Preis 250 Mk. für 120 Mk. abzugeben. Reich. Anzeigerkompl. 11111. Derrrenstr. 20, 1. Etzwe. 818776

Deckbetten

neue rote 20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.

la. Dezimalwagen

Gewichte, Hefen und Sorten zu billigen Angebotspreisen. 818574

J. C. Roth

Eisen- und Stahlwaren, Heidelberg. - Post. 7.

Majolika-Ofen

transportabel m. Dauerbrand-Einfaß, gut erd. dill. abzugeben. 818775 Zähringerstr. 69, 2. Et.

Lebensbedürfnis

KARLSRUHE **verrein** G.M.B.H.

Wir empfehlen für die kaltere Jahreszeit unser Lager in **selbstausgebauten Weinen** des Markgräflerlandes, des Kaiserstuhls, der Mosel und der Pfalz, sowie ausländischer Herkunft.

Unsere neuen Weinpreislisten sind in allen Verkaufsstellen erhältlich. 17337

Neu eingeführt:

- 1923er Haardter Reben Riesling 1.30
- 1923er Haardter Mandelring Riesling 1.40
- 1921er Haardter Reben Originalabfüllung 3.90
- 1921er Haardter Mandelring Bouquet Riesling Originalabfüllung 3.90

per Flasche, einschließlich Steuer und Glas.

Ferner empfehlen wir, als besonders preiswert:

- Sanfener und Ruggener 1.00
- Udenheimer 1.20
- Dirmsteiner 1.30
- Wilsenbäcker Riesling 1.60

1921er Biersteiner Neumorgen

Mark 2.-

- Rosen Kallerer Seewein 1.20
- Rosen Waldulmer . 2.10
- Malaga Gold Rein & Co. 2.20
- Malaga dunkel . . . 1.30
- Salbjühen Tarragona 1.50
- Douro Portwein . 3.60
- Goldsherry 3.80
- Madeira 4.10

Ferner erstklassige Spirituosen:

- Weinbrand L. B. B. und *** (Dreiflern), Asbach Uralt
- Scharlachberg W. Merbrand, feinstes Kirchwasser

Edelkirchwasser (8jährig)

per Flasche Mk. 3.60 und 6.50

Zweischgenwasser, Deutscher Rum, sowie **echten Jamaica-Rum 75%** ganz hervorragende Qualität zu Mk. 7.50 und 14.- per Flasche

Diverse Liköre erster Fabriken

Danziger Goldwasser, Cherry Brandy, Jacobiner, Gilka Seidekummel, Eierlikör etc.

36 Filialen.